

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1916**

33 (3.2.1916) Erstes und Zweites Blatt

Bezugspreis:  
in Karlsruhe frei ins  
Haus geliefert viertel  
2,00 M., an den Ausgabe-  
stellen abgeholt monatlich  
55 Pfennig. Answärts  
durch die Post frei ins  
Haus gebracht viertel  
2,42 M., im Post-  
schalter abgeholt 2,00 M.,  
Einzelnummer 10 Pfennig.  
Redaktion und Expedition:  
Ritterstraße Nr. 1.

# Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:  
die einseitige Kolonelle  
ab. deren Raum 20 Pfennig,  
Reklamezeile 50 Pfennig,  
Rabatt nach Tarif.  
Anzeigen - Annahme:  
größere spätest. bis 12 Uhr  
mittags, kleinere spätestens  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Fernsprechanstalt:  
Expedition Nr. 203,  
Redaktion Nr. 294.

Mit amtlichem Verkündigungsblatt. — Badische Morgenzeitung.

113. Jahrg. Nr. 33.

Donnerstag, den 3. Februar 1916

Erstes Blatt.

Verantwortlich: Gustav Neupert; verantwortlich für Politik: M. Holzinger; für Baden, Votales und Handel: G. Gerhardt; für Sport u. Vermischtes: J. B. G. Gerhardt; für Inserate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregelstraße 4. Tel. Nr. 174. Umland 2902. — Für unverlangte Manuskripte oder Drucksaßen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigelegt ist.

## Der Rücktritt Goremykins.

Der Rücktritt des alten russischen Ministerpräsidenten Goremykin ist zunächst nur eine innerpolitische Angelegenheit Russlands, und auch das offenbar nicht in dem Sinne eines politischen Kurswechsels, denn sein Nachfolger Stürmer gehört, wenn man gut unterrichteten Kennern Russlands glauben darf, zu derselben reaktionären Richtung; durch seine intimen Beziehungen zum russischen heiligen Synod ist er vielleicht noch um einige Schattierungen reaktionärer als sein Vorgänger. Im politischen Leben ist Stürmer eigentlich nur im Reichstage hervorgetreten, wo er zu der sog. Reithard-Gruppe gehörte. Er ist ein bereits seit Generationen verrückter Deutscher und unterhält mit dem verrückten früheren Chef des russischen Synods Sabler freundschaftliche Beziehungen. Es sind also irgend welche Aenderungen in der inneren Unterdrückungspolitik und eine baldige Beteiligung der Duma an den politischen Geschäften nicht zu erwarten. Einige Stimmen wollen freilich wissen, daß die Jurdy vor den Rücktritten, welche die brutale demütigende Ausschaltung des Reichsparlamentes in weiten Kreisen der Bevölkerung haben könnte, mit dazu beigetragen habe, Goremykin gehen zu lassen. Schließlich aber ist bei dem 77jährigen Manne doch auch ein wirkliches Gesundheitsmotiv nicht ausgeschlossen. Uns interessiert natürlich vor allem die Tatsache, daß auch das Kabinett Stürmer zweifellos an der blinden Politik der Kriegsförderung und der Vernichtung allen Deutschtums forsuhren wird. Wie lange noch, das wird wohl von den nächsten Schlägen abhängen, die unsere Heere auszuhalten werden, und deren allmählich sich verstärkende Einwirkungen auf das in jeder Beziehung durstbar geschwächte russische Volk.

St. Petersburg, 2. Febr. Die „Abn. Ztg.“ meldet zum Rücktritt Goremykins: Glaubwürdige Meldungen versichern, daß die innere Lage Russlands gegenwärtig trostlos sei und das durch die stellenweise an Hungerstnot und grenzenlose Teuerung bedrückte russische Volk in weiten Schichten kriegsmüde ist. Die rückwärtsstehende Reaktionäre Regierung, die berechtigten Reformen versagte, hat alle fortschrittlich gemintten Kreise auf das tiefste erbittert. Das Ergebnis, daß alles beim Alten bleiben soll, hat alle Hoffnungen getötet. Seit der letzte große Ministerrat, der sich mit der Einberufung der Reichsduma beschäftigte, zu einem bescheidenen Entschluß gelangte, wird der Rücktritt Goremykins klar, denn bei ihm lag bisher der stärkste Widerstand gegen die Einberufung der Reichsduma.

St. Petersburg, 2. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die „Abn. Ztg.“ meldet aus Stockholm: Das hiesige Blatt „Dagens Nyheter“, dessen Herausgeber weißt gut über die russischen Verhältnisse unterrichtet ist und nach Russland verschiedene Male auch während des Krieges, zuletzt während der Weihnachtszeit, beigefahren hat, schreibt zum Rücktritt Goremykins: Die jochene eingegangene Nachricht kommt vollkommen überraschend. In Russland hatte man schon diese Möglichkeit aufgegeben, denn man wußte, daß der alte Mann den Rest seines Lebens auf dem Ministerstuhl zubringen wollte. Was nun seinen Abgang beschleunigt, ist natürlich schwer zu sagen. Wahrscheinlich wird der angegebene Grund aus Gesundheitsrückichten der richtige sein. Zwar hätte dieser Grund schon früher den Rücktritt begründen können, da Goremykin, obgleich körperlich noch vollkommen rüstig, schon lange sehr nervös war. Doch ist es möglich, daß der 76jährige Mann völlig zusammengebrochen ist. An seinen Rücktritt Hoffnungen auf eine Aenderung des Kurses in der russischen Regierung zu knüpfen, ist sicherlich verfehlt. Das russische Kabinett besitzt jetzt eine starke reaktionäre Sammlung der besten reaktionären Kräfte, unter denen besonders der neue Minister des Innern sich allmählich in letzter Zeit zu einer führenden Stellung durchgearbeitet hat.

## Sazonoff.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Berlin, 2. Febr.  
Die Rede, die der russische Minister Sazonoff über die Kriegslage gehalten hat, ist nach mehr als einer Richtung hin bemerkenswert. Sazonoff hat kein Wort von der militärischen Verschlechterung Deutschlands gesagt, ja nicht einmal von der Rückeroberung des von Deutschland besetzten russischen Gebietes gesprochen. Er eröffnete vielmehr einla und allein die Aussicht darauf, daß Deutschland den Krieg finanziell nicht lange mehr werde aushalten können. Das klingt im Munde eines russischen Ministers besonders merkwürdig in einem Augenblicke, wo Russland finanziell gerade niedergebroschen ist, in einem Augenblicke, wo Russland zugehien muß, daß von seiner letzten inneren Anleihe von 2 Milliarden Rubel nur 300 Millionen Rubel untergebracht worden sind, während der ganze Rest von den russischen Banken und Sparkassen zwangsweise übernommen werden mußte. Die Konstatierung der Tatsache, daß die russische Militärmacht den Sieg nicht mehr in er-

ster Reihe von den Waffen, sondern von einem finanziellen Verlagen des Gegners erhofft, ist gerade jetzt besonders bemerkenswert, da in England und Frankreich neuerdings wieder die Erkenntnis aufdämmert, daß die Entscheidung nur auf dem Schlachtfelde herbeigeführt werden kann. Der von der Mehrzahl der Franzosen und Engländer fast völlig aufgegebenen Traum der wirtschaftlichen und finanziellen Ausbungerung Deutschlands wird also jetzt von Russland weiter gesponnen, während die Leiter der russischen Politik bisher immer nur von einer Besiegung Deutschlands durch die russischen Millionenheere gesprochen hatten.

Vom politischen Standpunkte aus sind die Bemerkungen Sazonoffs über die schwedisch-russischen Beziehungen bemerkenswert und zwar deshalb, weil der russische Minister des Innern Wert darauf legt, in einem Augenblicke sanfte Worte an Schweden zu richten, wo in England und Frankreich eine möglichst rüchichtslose und brutale Behandlung Schwedens gepredigt wird. Wenn die Einigkeit innerhalb der Entente so fest wäre, wie Sazonoff es behauptet, so hätte der russische Minister des Innern eigentlich im gegenwärtigen Momente, wo England beirbt ist, Schweden nach Möglichkeit einzuschüchtern, zum mindesten keine Veranlassung gehabt, Russlands Freundschaft für Schweden zu betonen und den Schweden zu versichern, daß ihr Land von russischer Seite her nichts zu befürchten hat. Offenbar hat die letzte Rede des schwedischen Ministerpräsidenten, in der er von der Möglichkeit sprach, daß Schweden zum Schwerte greifen müsse, in Petersburg einen starken Eindruck gemacht. Die Hervorhebung der militärischen Anstrengungen Englands und das Abklingen aller Sonderfriedensbestrebungen seitens Russlands hat zweifellos einen finanziellen Hintergrund: Russland, das im Innern kein Geld mehr aufzutreiben kann und das bei seinen Anleihenversuchen auch bei den Amerikanern in letzter Zeit verstoßene Türen gefunden hat, ist genötigt, in London um eine neue Anleihe nachzusuchen.

Wien, 2. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Zur Rede Sazonoffs bemerkt das „Freundenblatt“ u. a.: Es mag ein bitterer Augenblick für diesen Staat gewesen sein, als er das Befändnis ablegen mußte, daß die Lage auf dem Balkan für das Zarenreich trostlos sei. In der Tat kann man sich einen ärgeren Niederdruck, einer Politik nicht denken, als den, den die russischen Bestrebungen auf der Balkanhalbinsel erlitten. In der Vertreibung Sazonoffs für England erhofft das „Freundenblatt“ einen deutlichen Beweis für die Stimmung, die in Russland gegenüber dem perfiden Albion herrscht. Das Blatt schließt: Wenn Sazonoffs Hoffnung auf die finanzielle Erbschöpfung Deutschlands tatsächlich die einzige Hoffnung ist, die unsere Feinde haben, können wir ganz zufrieden sein.

## Selbstmord des türkischen Thronfolgers.

(Eigener Drahtbericht.)  
Konstantinopel, 2. Febr. Die Tel.-Agentur Milli meldet: Der Thronfolger Prinz Jusuf Izzeddin hat sich infolge einer Krankheit, an der er seit einiger Zeit litt, gestern früh um 7 1/2 Uhr in seinem Palast in Jingirli Konu das Leben genommen, indem er sich die Adern des linken Armes aufschnitt. Die Beilattung wird morgen mit dem üblichen Zeremoniell im Grab des Sultans Mahmud in Stambul erfolgen. Der ärztliche Befund, der den Selbstmord feststellte, ist von allen hervorragenden Ärzten in Konstantinopel unterzeichnet. (W. B. Nichtamtlich.)

Der Thronfolger war 1857 geboren. Nach Ablegung des Sultans Abdul Hamid, der den Prinzen wegen seiner fortschrittlichen Denkart seitens der Militärs bedrohten ließ, unternahm dieser geteilte Reisen, auf denen er unter anderem nach Berlin kam, wo er als Gast des Kaisers den Mandevren bewohnte und den Schwarzen Adlerorden erhielt. Seit dem Jahre 1912 mußte er für seine geserrteten Nerven Erholung in Österreich suchen.

## Amerika und der Krieg.

Wilson's Wahlpolitik.  
(Eigener Drahtbericht.)  
London, 2. Febr. Der „Daily Telegraph“ meldet aus New York vom 31. Januar: In gut unterrichteten Kreisen Washingtons sagt man, daß der Appell des Präsidenten an den amerikanischen Patriotismus halb eine Nationaltribüne, halb eine Wahlpolitik sei. Nach der „New York Tribune“, die gewöhnlich gut unterrichtet ist, besteht jetzt viel weniger mehr eine Schwierigkeit mit Deutschland, als zu irgend einem Zeitpunkt seit der Versenkung der „Lusitania“. Indem Wilson die Verbündeten auffordert, ihre Handelschiffe zu entwaffnen, widrigenfalls er ihre Zerstörung legalisieren würde, hat er Deutschland die langersehnte Gelegenheit gegeben, einen befriedigenden Abschluß der „Lusitania“-Frage zu erreichen. In Washington ist außerhalb der amtlichen Kreise die Ansicht weit verbreitet, daß die Verbündeten den Vorschlag des Präsidenten ablehnen werden. Die „New

York World“, die häufig als Sprachrohr Wilsons benützt wird, sagt, Wilsons Rede bedeute weder eine Warnung an Deutschland, noch an England, sondern an die Amerikaner. Bemerkenswert ist, daß Wilson die Billigung der scharfsinnigen deutsch-amerikanischen Presse gefunden hat. Der Gegensatz zwischen Wilson und Roosevelt ist jetzt mehr und mehr auf die Frage der allgemeinen Wehrpflicht zu. (W. B. Nichtamtlich.)

London, 2. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning-Post“ meldet aus Washington vom 30. Januar: Wilson wird keine militärische Notwendigkeit als Rechtfertigung einer englischen Blockade zugeben, die sich nicht streng an die Regeln des Völkerrechts hält, und er ist entschlossen, auf seiner Ansicht zu bestehen, daß die Blockade die Rechte und den Handel der Neutralen schädigt. Es ist daher keineswegs ausgeschlossen, daß eine ernste Differenz mit England besteht. Eine Diplomatie, die darauf baute und die Wirklichkeit ignorierte, wäre dieselbe Diplomatie, die uns auf dem Balkan so teuer zu stehen kam. Die Vereinigten Staaten werden nicht Deutschland und England zugleich herausfordern. Der Korrespondent der „Morning-Post“ fährt fort: Im Kongreß ist die Ansicht verbreitet, daß die Herstellung von Munition beschleunigt werden wird, was die Kosten aller Vorräte an Munition für die Verbündeten erheblich vermindern wird. (W. B. Nichtamtlich.)

## Gegen die Wiederwahl Wilsons.

(Eigener Drahtbericht.)  
London, 2. Febr. „Daily Telegraph“ meldet aus Baltimore: Deutsch-amerikanische Vereine hielten eine Versammlung ab, die von 10000 Personen besucht war, und die unter großer Begeisterung eine Resolution gegen die Wiederwahl des Präsidenten Wilson annahm. (W. B. Nichtamtlich.)

## Zu Lansing's Vorschlägen.

(Eigener Bericht.)  
A. Von der „Schweizerischen Grenz“, 2. Febr. Zu den von Lansing gemachten Vorschlägen über die Regelung des Handelsverkehrs bemerken die „Basler Nachrichten“: „Was Amerika jetzt vorschlägt, läßt die Blockade bestehen wie sie ist, nimmt aber der deutschen Gegenmaßregel, dem Untersee-Krieg, einen großen Teil seiner Kraft. Er wäre in praktischer Hinsicht, auch wenn die angegriffenen Handelschiffe sich nicht mehr verteidigen dürften; denn in der Zeit, die verging, bis der letzte Passagier ausgebetet wäre, könnten in den meisten Fällen drahtlos herbeigerufenen Kriegsschiffe dem Handelsdampfer zu Hilfe kommen und das wartende Tauchboot vernichten oder vertreiben.“ (Senf. Karlsruhe.)

## Die englische Blockade.

(Eigener Drahtbericht.)  
London, 2. Febr. „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel: Wenn wir nicht jetzt und für die nächsten sechs Monate die Blockade Deutschlands strenger angehen können, so werden sich alle unsere Schwierigkeiten wesentlich vermehren; denn dann wird Deutschland durch die Ernte in Polen und durch die Verbindung mit dem Orient alle Vorräte besitzen, die ihm jetzt fehlen. (W. B. Nichtamtlich.)

## Die Durchsuhung der neutralen Briefpost durch England.

(Eigener Drahtbericht.)  
Osaka, 2. Febr. Ueber die wiederholte Anhaltung und Durchsuhung der Briefpost durch die Engländer macht die Zeitung „Naderland“ den Vorschlag, daß die neutralen Staaten gemeinsam dagegen aufstehen und sich gleichzeitig erbittig machen sollten, die Briefpost selbst der Kontrolle zu unterwerfen, die England jetzt über sie ausübt. Man könnte sich darauf beschränken, die Briefpost auf darin enthaltene Einlagen, wie Warenproben und Gummi, zu durchsuhung, um das Briefgeheimnis dabei so viel wie möglich zu wahren. Auch für Deutschland und Österreich-Ungarn wäre diese Art von Kontrolle weniger unangenehm, als die Zensur, die England jetzt ausübt. (W. B. Nichtamtlich.)

## Der Lloyd-Dampfer „König Albert“ wiedergewonnen.

(Eigener Drahtbericht.)  
1. Köln, 2. Jan. Die „Abn. Ztg.“ meldet aus dem Kriegspressequartier: Der dem Norddeutschen Lloyd gehörende Dampfer „König Albert“, der seinerzeit von den Engländern gefapert wurde, ist jetzt von einem k. und k. U-Boot aufgebracht worden. Der „König Albert“ war von den Engländern den Italienern zur Verfügung gestellt worden. Die italienische Regierung landete das Schiff nach San Giovanni di Medua, um dort 300 serbische Flüchtlinge an Bord zu nehmen. Ein österreichischer Zliner stellte die Anwesenheit des Schiffes im Hafen von San Giovanni di Medua fest. Das U-Boot brachte ihn gleich nach der Ausfahrt auf.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 12 Seiten.

## Gemeinbürgerschaft.

Dem  
Herrn Justizrat Dr. v. Campe-Siedesheim, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.

(Nachdruck verboten.)  
Gemeinbürgerschaft! Ein schönes Wort. Bürger, d. i. der, der vor einem anderen hintritt, ihn deckt und schützt wie die Burg den Bürger, so wie die Bürger desselben Gemeinwesens als ein Mann zusammenstehen. — Gemeinbürgerschaft, das ist im Soldatenleben, das ist im Kriege Kameradschaft. Gewiß, auch heute will Schillers wunderbares Reiterlied noch gelten: Da tritt kein anderer für ihn ein; auf sich selber steht er da ganz allein. Keiner deckt sich durch den andern, selbst ist da der Mann. Aber dennoch der andere springt freudig wie selbstverständlich mit Leib und Leben ein, wenn es gilt, den Kameraden zu beden, zu retten. Mein Leben gilt mir nicht höher, ja niedriger als das deine; das ist der große, der wunderbare Gedanke der Kameradschaft. Deshalb sehe ich mein Leben ein, um deines zu retten.

Gemeinbürgerschaft — ohne sie gibt es kein Volk, kein wirkliches Volk. Völkerverwandtschaft ist schön. Ein Volkszusammenschluß, eine Staatenbildung ohne sie hat selten dauernden Halt. Aber dennoch gab es oft Völkerverwandtschaft und rechte Erbitterte. Auf die Dauer wird ein Volk nur durch gemeinsames Interesse, durch das Gefühl des Aufeinander-Angewiesenseins zusammengehalten. Es liegt eine tiefe Weisheit in dem Wort: Volk ist, was durch die Erinnerung an eine gemeinsame Not zusammengehalten wird. Was in Feuers Glut zusammengekehrt wurde, hält das nächste Feuer aus. Das Größte mit und das Befreieste, das uns dieser Krieg brachte, waren jene Augusttage 1914, als die Erinnerung an die Not von 1813 und 1870 in unserem Volk lebendig wurde, als wir uns endlich wieder als ein Volk fühlten und fanden. Alle für Einen, Einer für Alle. Dies Gefühl trägt und hält unser Volk, macht es unüberwindlich. Ohne das lebendige Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und ohne den ersten Willen, jede, aber auch jede Mühe willig und freudig zu tragen, die diese Gemeinbürgerschaft auferlegt, fälten wir keine Stegenbürgerschaft. Und solche Pflichten hat heute jeder. Jeder, auch der kleinste.

Kein Krieg war so sehr Völkerverwandtschaft wie dieser. Das gilt trotz der Völkerverwandtschaft von 1813. Nicht nur weil heute jeder Waffenfähige die Waffen führt, sondern mehr noch, weil noch nie ein Krieg in solchem Maße auch hinter der Front ausgegogen wurde. Die Stimmung hier wirkt zurück auf die dranhin. Es liegt viel darin, daß unsere Kriegsanleihen wirklich Volksanleihen sind. Wenn ein jeder täglich auch nur eine Scheibe Brot weniger isst, 6 statt 7, so haben wir Brot für 1 bis 2 Monate mehr. Jeder hat seine Verantwortung, auch die kleinste ist groß, sehr groß. Sie kann den Krieg entscheiden, wie eine große Schlacht. Das gilt es einzusehen heute und danach zu handeln, freudig zu handeln. Für jeden. Es ist doch Tatsache, daß auch der Hunger heute ein Feind ist, den sie wie die Wilden, ihre schwarzen Verbündeten, auf uns sehen; und auch das ist Tatsache, daß der Hunger nach dem Plan unserer Feinde ein wirksames Kriegsmittel sein sollte, als irgend ein anderes. — Doch sie irren, wir waren auch dem gewachsen. Ja ein Völkerverwandtschaft. Jeder ist heute militärfähig, so Greis, wie Weib und Kind, wenn auch nicht mit der Waffe. Jeder liegt heute im Schützengraben, wenn auch nicht in solch' eiligem, nassem, todesgefährlichen wie unsere Feldgrauen. Wir sind belagert, wenn auch die Vorkantinen dank unserer Bräuner sich jenseits unserer Grenzpfähle dahinziehen. Heißt es dranhin: Freiwillige vor, da melden sich nicht einzelne nur, nein viele — und desto mehr, je gefährlicher das Wagnis. Das ist deutscher Soldaten Art. Brütet der Feind in die Schützengraben — keiner denkt: auf mich einzelnen kommt es nicht an. Im Hungerkriege ist jeder kampffähig, jeder kann dem Feinde diese giftige Waffe aus der Hand schlagen. Und muß es. Sonst ist er fahnenflüchtig. Führt über solche Fahnenflucht! Dachte doch niemand: ich für meine Person werde dem Hunger schon ausweichen können! Denkt wirklich so niemand, niemand? Und wenn du wirklich satt wädest, aber der Hunger der anderen unser Volk niederzwänge? Was dann? — Wir haben alle Garantien, daß auch dieser Kriegsplan mißlingt. Mutter Natur gab uns ausreichend, wenn auch nicht im Ueberfluß. Deshalb kann man eine Einschränkung, aber auch nur diese, Not erzeugen. Wir wissen nicht, welche Ernte uns 1916 bringt und ob auch 1917 noch Mars regiert. — Wir wollen mit Vorräten auch in 1917 eintreten. Das ist Kriegsvorsorge. — Denke jeder auch an den anderen, an alle. Auch die Toten dachten so. Das ist echte Gemeinbürgerschaft im Hungerkriege. Dieser Völkerverwandtschaft, die esse dieser Not, lehrt uns Volkswirtschaft. Heute ist jeder Volkswirt zunächst, nicht Einzelwirt. Der Produzent, der ungebührlich hohe Preise nimmt, der Händler, der Waren künstlich zurückhält, der Bauer, der Brotgetreide an sein Vieh füttert, der für seinen Haushalt von seinem Getreide über die ihm zugewiesene Ration gebraucht — sie alle handeln heute wie der Krieger, der Kriegspflichten verlehrt. Gütererzeugnis, Handel, Körnerbau sind heute Kriegspflicht, wie die des Soldaten, zu-

nächst Kriegspflicht und noch einmal Kriegspflicht und dann erst Privatgeschäft. — Ich verleihe die Gefühle, die solche Kriegspflicht vergessen läßt. Geschäftssinn, Liebe zur Scholle und Wirtschaft können wir nicht missen. Heute aber hat sich alles dem einen Gedanken unterzuordnen; denn es ist Krieg. Kriegsnötigkeit regiert. Es ist oft, als wenn wir zwei Gewissen hätten. Wahrscheinlich, unser Volk hat vaterländisches Gewissen gezeitet. Es darf daneben kein privatwirtschaftliches geben, das jenes auch nur vorübergehend ausschaltet. Denn das würde uns heute rauben, was jenes uns schenkte: das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit auf Gedeih und Verderb, das lebendige Bewußtsein, wirklich ein Volk zu sein. Gelänge es, das wäre das Schlimmste. Betrug um höchsten Siegespreis. 1914 soll bringen, was 1813 und 1870 schon mit Recht verließen: Ein Volk. Mit dem Reich allein ist es nicht getan. Ein Volk. — Aber Bürger zehnet nicht den Bürger. Dem Bauern im Osten soll der Arbeiter des Westens näher stehen als das Interesse der eigenen Wirtschaft. Kriegsgewinnsteuer bleibt doch ein Uebel, wenn auch ein unvermeidbares in der Welt dieser Realitäten. — Hohe Preise, die notwendig sind, sind billig. Sonderinteressen treiben stets noch auseinander. Sollen Sonderinteressen jähren, was das Blut zusammenfügt? Ihre Sprengkraft ist stark. Aber der sittliche Wille des Volkes ist härter. Ich habe das Vertrauen. Sonderinteressen waren stets wie Flecken im vaterländischen Kleid. Wir fanden sie — wo nicht? Blut will und soll den Flecken heute tilgen. Es muß gelingen. Jeder helfe. Nicht jeder kann ein Krupp sein. Man kann nicht verlangen, daß jeder es ihm nachtue. Aber es ist nicht nur Hochherzigkeit, es liegt auch Sozialgeist in seinem Schritte, — Gemeininn, der aus der vaterländischen Not keinen lobenderen Vorteil für sich haben will: Einer für Alle. Dann fällt das Echo zurück: Alle für Einen. Das ist Gemeinbürgerschaft, die uns zum Volk macht.

### Deutsches Reich.

#### Ausfuhrverbot von Platin.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Febr. Durch eine Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ wird die Ausfuhr von Platin rein und in jedem Zustande der Verarbeitung verboten. (W.B. Nichtamtlich.)

#### Der Fall Liebknecht und die Rechtsamwaltschaft.

Die „Deutsche Juristenzeitung“ bringt in ihrem Februarheft eine Auslösung über den Abg. Liebknecht, in der sie sagt:

„Es liegt ebenbürtig im Interesse der deutschen Rechtsamwaltschaft, wie in dem der deutschen Rechtspflege, einen Mann wie Karl Liebknecht noch länger in den Reihen deutscher Anwälte zu sehen. Nachdem er in einer geradezu an Landesverrat grenzenden Weise die Ehre verwirrt hat, als Deutscher bezeichnet zu werden, sollte die deutsche Rechtsamwaltschaft ihn nicht länger in ihren Reihen dulden. Auf Grund mehrerer gleichzeitig uns angekommener Anfragen, auch von deutschen Rechtsanwältinnen, die die Frage, ob im Interesse des Ansehens der deutschen Rechtspflege ein Mann wie Karl Liebknecht noch weiter als deutscher Rechtsanwalt angesehen werden kann.“

Liebknecht habe auch nicht lediglich unter dem Schutze der Immunität gehandelt, sondern auch außerhalb des Parlaments in der gefährlichsten Stunde des Vaterlandes so hart gegen dessen Interessen gehandelt, daß kein Billigdenkender Liebknecht als einen für seine Ueberzeugung lebenden Richter ansehen werde, wenn das Deutsche Reich dem die Ausübung hoher Rechte verleihe, der die Uebernahme der damit verbundenen Pflichten schroff ablehne.

Gegen den Ausschluß Liebknechts aus der Rechtsamwaltschaft wenden sich die „Frankf. Zeitung“ und

die „Voss. Zeitung“. In der letzteren heißt es: Selbstverständlich ist es, daß die Tätigkeit Liebknechts im Reichstag niemals Gegenstand eines Disziplinarverfahrens sein kann. Das verbietet der Artikel 30 der Reichsverfassung mit klaren Worten, indem er vor schreibt: „Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“

#### Poincaré im Oberelsaß.

Der Präsident der französischen Republik, Poincaré, hat dem besetzten Zipfel des Oberelsaß in der vorigen Woche einen Besuch abgestattet. Es wird dazu der „Str. Post“ berichtet, daß sich die Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer, Dubost und Deschanel, in der Begleitung des Präsidenten befanden, daß dieser die militärischen Anlagen eingehend besichtigte und die Bevölkerung zum Ansharren ermutigte habe. Folgende Auszeichnungen wurden dabei verliehen: Zu Ritters der Ehrenlegion wurden ernannt der katholische Pfarrer Galm in Dammertkirch und der Dolmetschhoffizier Bislin, der früher das deutschfeindliche Wochenblatt „Dur's Elsaß“ herausgab; zu Ritters des Mérite agricole wurden ernannt: Stoch, Bürgermeister von Dammertkirch; Violard, Bürgermeister von Altmünsterhof; Quiquerez, Bürgermeister von Schaffau am Weiser, und der Landwirt Messerlin. Die Akademische Palme wurde erteilt an Lehrer Helminger von Niedersepp, Lehrer Burdard von Dammertkirch, Steuerinspektor Camille Riß von Dammertkirch, Einnehmer Dreiner von Traubach und Schweiher Anatolia, Leiterin der Mädchenschulen in Dammertkirch.

Pfarrer Galm von Dammertkirch amtiert dort bereits seit 1897. Er ist 1846 zu Regelsheim geboren und wurde 1869 zum Priester geweiht. Unter den mit der akademischen Palme bedachten Beamten finden sich die Lehrer Helminger von Niedersepp und Burdard von Dammertkirch. Einen Lehrer Burdard gibt es nach dem Lehrerkalender in Elsaß-Lothringen nicht, wohl aber einen Burdard, der als Lehrer der kleinen Gemeinde Gildweiler amtiert. Vielleicht ist dieser von den Franzosen nach der Verheiratung des Lehrers Kaufmann von Dammertkirch zu dessen Nachfolger ernannt worden. Die ebenfalls mit der akademischen Palme bedachte Lehrerin Schweiher Anatolia Enger wirkte bereits bei Kriegsausbruch als Leiterin der dreiklassigen Mädchenschule in Dammertkirch. In Frankreich werden die Schulkinder vertrieben, im Oberelsaß verleiht ihnen Poincaré die Akademische Palme.

### Badischer Landtag.

#### Die Erste Kammer

trat am Mittwoch vormittag zu einer kurzen Sitzung zusammen, die der erste Vizepräsident, Se. Excellenz Wirkl. Geheimrat Dr. Bürklin, in Verbindung des Präsidenten Prinz Max leitete. Einstimmig angenommen wurden, wie vorausgesehen war, die beiden dem Hause vorgelegten provisorischen Gesetze über die Entziehung der Nutzung von Grundstücken zur Anpflanzung von Nahrungs- und Futtermitteln (1. März 1915), sowie über die Abänderung des Ausführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung (10. Juni 1915). Wir haben in früheren Nummern des „Karlsruher Tagblatt“ uns eingehend mit diesen beiden Gesetzen beschäftigt. Wir möchten nur noch darauf aufmerksam machen, daß das erstere Gesetz nicht die Entziehung von Grundstücken erstrebt, sondern nur die Nutzungsentziehung. Bei seiner Anwendung braucht daher in keinem Falle auf die Bestimmungen des Enteignungsgesetzes vom 26. Juli 1899 zurückgegriffen werden, auch dann nicht, wenn der Berechtigte Schaden erleiden sollte. Der Minister des Innern, Dr. Freiherr von Bodmann, stellte mit, daß die Regierung die

Beizung erteilt habe, daß in Ausnahmefällen, in denen eine Entziehung eintreten könne, eine Entschädigung stattdessen werde, die aus Gemeindegeldern oder aus Staatsmitteln (Kriegskredit) bezahlt würde. Aus dem Hause ergriff weder zu diesem, noch zu dem zweiten Gesetz jemand das Wort. Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren nicht mehr von besonderer Bedeutung. Die Petitionen der Frau des K. Wilhelm II in Meisenheim um Entschädigung wegen zu niedriger Einschätzung eines Pferdes durch die Aushebungskommission und des Martin Weiskämpe, ehemaliger Bahnwärter in St. Georgen, um Wiederaufnahme in den badischen Staatsdienst bei der Eisenbahnverwaltung wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Dem Rechnung, Herrn Bureaudirektor Gißler, der die sehr umfangreichen Bureaurarbeiten schon seit langen Jahren in der gewissenhaftesten Weise erledigt, wurde nach Abschluß der Rechnung der Ersten Kammer über die Kosten des Landtags 1913/14 und des außerordentlichen Landtags 1915 einstimmig und ohne jede Erinnerung Entlohnung erteilt. Zum Schluß nahm das Haus die Mitteilungen des Finanzministeriums über die seit Schluß des letzten Landtags erfolgte Einreichung verschiedener Gemeinden in eine höhere Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs, sowie über die Änderungen des Vollzugsstarfs zum Gehaltsstarf in den Jahren 1914 und 1915 zur Kenntnis. Damit war die Tagesordnung erledigt und die Sitzung wurde nach kaum dreiviertelstündiger Dauer geschlossen. Wenn die Kammer wieder zusammentritt, ist noch nicht bestimmt; vermutlich in etwa 14 Tagen, wenn die Zweite Kammer mit ihren Arbeiten entsprechend weit fortgeschritten ist.

#### Versorgung der Krieger mit Lebensmitteln.

In der Samstagtagung des erweiterten Haushaltsausschusses wurde der Antrag Fischer und Gen. beraten, wonach die Regierung erucht werden soll, bei der zuständigen Militärbehörde dahin zu wirken, daß Mannschaften an der Front besser mit Lebensmitteln versehen werden, da die Polkapete vielfach verloren und zugrunde gehen, wodurch der Allgemeinheit Lebensmittel entzogen werden. Der Berichterstatter gab eine schriftliche Erklärung der Regierung bekannt, worin diese mitteilt, daß der Antrag dem stellvertretenden Generalcommando des 14. Armeekorps zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden ist. Der Antrag wurde angenommen.

#### Brod- und Mehloversorgung.

Nach einem Antrag der Abg. Weiskaupt und Gen. soll die Regierung erucht werden, im Bundesrat dafür einzutreten, daß, falls die Getreide-Veränderungen vom 16. November 1915 es gestatten, die Mehlmühle in erster Linie für die landwirtschaftliche und schwerarbeitende Bevölkerung erhöht wird. Der Berichterstatter verlas eine Regierungserklärung, in der ausgeführt wird, daß nach der Behandlung vom 16. November nicht nur keine Erhöhung der Rationen erfolgen könne, sondern die Tageskostmenge allgemein herabgesetzt und die Ausmahlung des Getreides vermindert werden müsse. Der Berichterstatter sprach sich dafür aus, daß der Antrag als kurzzeitig erledigt angesehen werden solle, nachdem seine Voraussetzungen nicht zutreffen seien.

Ein Mitglied glaubte, daß bei einer nochmaligen Nachprüfung der Verhältnisse sich ein besseres Ergebnis herausstellen werde und beantragte unter dieser Voraussetzung namens der Antragsteller die Annahme des Antrages. Das ungünstige Ergebnis der letzten Behandlung sei wohl darauf zurückzuführen, daß mancher Landwirt nicht alles angegeben habe und daß noch viel Frucht nicht ausgebrochen und abgeliefert gewesen sei. Jetzt im Winter genüge dem Landwirt die Brotration, nicht dagegen im Sommer, wenn die strenge Arbeit einsetze. Eine Streckung des Brotgetreides mit Verleihen vieler kleinen Landwirten in der Sommerzeit deshalb nicht möglich, weil sie bis dahin ihren Getreidevorrat bereits aufgebraucht hätten. Wenn man Weizenmehl zur Fütterung hergeben

könne, so sollte man annehmen, daß genügend Getreide vorhanden sei, um die gewünschte Erhöhung der Rationen der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Schwerarbeiter eintreten zu lassen. Der Minister ist der Ansicht, daß die Reichsregierung die Erhöhung der Tageskostmenge vornehmen werde, wenn die Nachprüfungen der Getreidebestände günstiger ausfallen, und hat dazu, daß in diesem Fall die Regierung nötigenfalls für eine Erhöhung eintreten werde. Als man aus den Verträgen 1914 zu Fütterungszwecken Getreide hergeben habe, habe man das Ergebnis der neuen Ernte günstig beurteilt, als sich jetzt herausgestellt habe. Die Veränderaufnahme habe ergeben, daß wir hinsichtlich der Getreidevorräte vorzüglich sein müssen. Als man dies erkannt habe, sei die Abgabe von Getreide zu Fütterungszwecken, soweit dies noch möglich gewesen, alsbald eingestellt worden.

Ein anderes Mitglied empfahl eine Regelung dahin, daß es keinerlei Kontingenzmehl mehr gebe; erst dann könnten die Aushebungsverträge wirklich durchgeführt werden. Obwohl jetzt nur noch das vor dem Inkrafttreten der Bundesratsverordnung vom 11. September 1915 eingeführte Auslandsmehl kontingenzfrei sei, sei die wertvolle Lücke festzustellen, daß in manchen Ländern und Konditorien dieses Mehl gar nicht abzunehmen scheine. Er empfehle zur Nachahmung eine neuerdings in Württemberg erlassene Vorschrift, die vorschreibe, daß aus Auslandsmehl nur die gleichen Backwaren wie aus Inlandsmehl hergestellt und auch nur die gleichen Preise verlangt werden dürfe. Ein Regierungsvertreter bemerkte, daß die Bezirksämter angewiesen seien, von den Wägern, die behaupten, Auslandsmehl zu besitzen, einen Ausweis herüber zu verlangen. Ein Mitglied hält die Zuführung von beischlagnahmefreiem Mehl für ein erwünschtes Mittel für einen Kommunalverband, um seine Mehlbestände zu ergänzen, und spricht sich daher gegen die Ausdehnung der Verbrauchsregelung auf das früher eingeführte Auslandsmehl aus. Es wäre auch zu begrüßen, wenn durch Erlassung von Vorschriften die rechtliche Natur der Kommunalverbände klargestellt sowie die Rechte und Pflichten ihrer Organe sowie der Mitglieder derselben allgemein geregelt würden. Es sei bei ihm Bedenken geführt worden, daß der Ausschuss eines Kommunalverbandes nur sehr selten gebildet werde. Die Stellung der Ausschüsse sollte seiner Ansicht nach geändert werden. Die Regelung der Mehl- und Brotversorgung in den verschiedenen Landesstellen ließe an einer gewissen Bundesständigkeit. Er wüßte, daß auch hierüber eine allgemeine Regelung erfolge. Ein anderes Mitglied spricht sich für Aufrechterhaltung des Nachschabvertrages aus und wünscht, daß die Vorschriften, wonach unter Umständen das Backen vor 6 Uhr morgens gestattet sei, wieder abgeschafft werde.

Der Minister fügte aus: Was die Frage anbelange, ob die Kommunalverbände Rechtspersönlichkeit besäßen, so könne kein Zweifel darüber bestehen, daß Städte, die einen eigenen Kommunalverband bilden, auch insonderheit Rechtspersönlichkeit besäßen, als sie die Geschäfte des Kommunalverbandes befordern. Die vorgelegten Zweifel besäßen sich wohl auf die ländlichen Kommunalverbände, da ja den Amtsbezirken als solchen diese Eigenschaften bisher nicht zuzurufen. Die Frage sei jedoch zu bejahen. Die Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl, die sich auf § 3 des Reichsgesetzes vom 4. August 1914 stütze, gehe davon aus, daß die Kommunalverbände Rechtspersönlichkeit besäßen. Dies ergebe sich aus der Bestimmung im § 1 der genannten Verordnung, in dem ausgesprochen ist, daß die Ernte für den Kommunalverband beschlagnahmefrei sei. Das Kommunalverbände seien, habe die Landeszentralbehörde zu bestimmen. Wenn diese anordne, daß eine bestehende Organisation Kommunalverband sein soll, so werde dieser Organisation für ihre Funktion als Kommunalverband Rechtspersönlichkeit bezeugt. Die Mannigfaltigkeit in der Verwaltung der einzelnen Kommunalverbände ergebe sich daraus, daß es selbstwirtschaftende Verbände gebe und andere, sowie daß die Kommunalverbände sehr selbständig gesteuert seien. Letzteres sei seiner Ansicht nach kein

### Steinhausen-Feier.

Zwei Tage nach dem 50. Geburtstag des badischen Dichters Emil Strauß, einen Tag vor dem 65. Geburtstag Wilh. Trübners riefte sich die Karlsruher Vereinigung für Heimatkunst, um dem Frankfurter Maler Wilh. Steinhausen eine Ehrung zu bereiten, eine Ehrung, die zweifellos berechtigt ist und dem Sinne vieler Freunde des großen Meisters entspricht, die aber in diesem Falle wie eine Frucht vor den näher gelegenen Aufgaben ausfällt. Vielleicht konnte man nicht die beiden zur engeren Heimat gehörenden Künstler feiern, vielleicht wollte man nicht und schweifte darum lieber in die Ferne. Die Frage ist nicht weiter von Belang oder wäre es nicht, könnte man darin nicht ein für Karlsruhe typisches Verlangen künstlerischer Aufgaben gegenüber erblicken, wie es kürzlich an dieser Stelle anlässlich der Negation von Burres „Ratte“ und in der „Pyramide“ in dem Aufsatz über E. Strauß ebenfalls zur Sprache gebracht wurde. Dies Verlangen folgte offenbar aus einer Ebeu davor, der künstlerischen Zeitkränzung gerecht zu werden, Fühlung mit ihr zu haben, sie zu vertreten und zu fördern. Die heutige Generation begehrt gegen ihre Zeit dieselben Fehler wie die früheren gegen Feuerbach, gegen Schopenhauer, gegen den jungen Thoma usw. Es läßt sich das bis in gegenwärtige Bau-, Denkmals-, Theater- und andere Fragen hinein verfolgen. Und als Symptom dieser Karlsruher Kunstpflege läßt sich auch die Steinhausen-Feier buchen, da sie einem Ausweichen vor eigentlicheren, aber vielleicht weniger dankbaren Aufgaben gleichkommt.

Abgesehen von solchen kritischen Erwägungen war die Veranstaltung gelungen, sowohl in Hinsicht des Besundes als des ganzen Verlaufs. Der Großherzog und die Großherzogin beehrten die Feier mit ihrer Anwesenheit, ebenso der Oberbürgermeister, H. Thoma u. a. Der kleine Festhallaal war vollständig gefüllt. Im Vorraum war eine Ausstellung von Steinhausenschen Kunstblätter untergebracht, der Vortrag selbst wurde durch gut gewählte Lichtbilder unterstützt. Den Abend eröffnete Stadtpfarrer Hesselbacher mit einer allgemeinen Begrüßung, ihm folgte Pfarrer Hindenburg mit einem Prolog, der den Wert von Steinhausens Kunst und Religiosität betonte, und dann ergriff der eiaent-

liche Redner des Abends, Pfarrer Deggan, ein Freund und vortrefflicher Kenner Steinhausens, das Wort. In liebevoller, klar erfassender Weise, der das weiche, tiefe und wohlklingende Organ des Vortragenden wohl zuhatten kam, zeichnete er den Lebensgang, die innere Entwicklung und die Werke des Künstlers, der ein Kämpfer der deutschen Seele, dem das Irdische ein Symbol des Himmlischen geworden ist. Man sah den Landshäfter, der die Stille deutscher Waldumrahmten Bergriele gemalt hat, und den Figurenmaler, der in den Gestalten des Evangeliums alle Seelenkonflikte und alle großen Erhebungen des Menschenherzens zum Ausdruck brachte. Man sah Viehtisches und Ergrüßterndes in reicher Fülle ausgeführt von einem tiefen und reinen Geist, der mit den Mitteln der zeichnerischen und farbigen Komposition, mit den Kontrasten von Licht und Dunkel, von hochragenden Gestalten vor weiten Horizonten die Probleme seiner Bilder zu machtvoller und monumentaler Lösung führt. Daß ein solcher Meister mit der schlichten und innigen Deutlichkeit seines Wesens gerade in unsere Zeit der Fäulnis und Selbstbefindungszeit, ging jedem Beschauer und Hörer auf und wurde auch von Herrn Deggan besonders betont. Reicher Beifall lohnte seine feinsinnige Rede. Das Großherzogspaar zog ihn ins Gespräch. D. B.

### Theater und Musik.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Gelegenheit der Eröffnung des Schönbartspiels „Das Jahrmarktstest zu Plundersweilern“ am heiligen Hoftheater dürfte es von allgemeinem Interesse sein, an die Besetzung zu erinnern, in welcher das fragmentarische Werk bei der Uraufführung in Eiterburg 1789 herabgeführt wurde. Der von der Herzogin Annale gezeichnete, im Goetheumuseum verwahrte Theaterzettel lautet:

- |               |                             |
|---------------|-----------------------------|
| Doctor        | Minister Einsiedel          |
| Marchschreier | Goethe                      |
| Wahsaber      | Münchs (Der Mädchenbichter) |
| Esler         | Gottin des Kapellmeisters   |
|               | Wolff                       |
| Damann        | Goethe                      |
| Rordochai     | Goethe                      |
| Tiroletier    | Corona Schröder             |

- |                   |  |
|-------------------|--|
| Pfeffertuchen     | Mädgen Hofdame von Bülwarth                          |
| Ammann            | Baruch   |
| Tirolet           | Kammerherr v. Sedendorff                             |
| Ründerberger      | Kammerherr v. Schilling                              |
| Wagenführer       | Oberkonfistorial-Präsident                           |
|                   | Lunder   |
| Bänkefänger       | Kammerherr von Sedendorff                            |
| Milchmägden       | Hoffängerin Reihhaus                                 |
| Marionettenjungen | Hofpage von Lobtenwarth                              |
| Ohrenhändler      | Kammerherr von Staff                                 |
| Schweinehändler   | Kammerherr von Lud                                   |
| Die Gouvernante   | Hrl. von Köchhausen                                  |
| Das Fräulein      | Hrl. v. Koppensfels (Tochter des Regierungskanzlers) |

Goethe selbst führte die Regie und leitete sämtliche Proben.

#### Eröffnung der Niederwald-„Tollen Gunde“ in Darmstadt.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Der harte Erfolg, den Niederwaldtheater veranlaßt, auch denselben Versuch des Erlingenswert „Des Burgen Heimkehr“ oder „Der tolle Hund“ zur Aufführung zu bringen, eine Aufführung, die ebenfalls einen sehr starken Erfolg davontrug. Das Lustspiel ist reines Lokal- und Dialektstück und würde als solches ohne entsprechende Umarbeitung an anderen Bühnen nur schwer und ohne den auf örtlichen Anspielungen beruhenden Erfolg aufzuführen sein. Eins aber zeichnet das Werk besonders aus: ein sonntiger, aus dem Leben geschöpfter Humor und eine breite Befuglichkeit, wie sie leider dem modernen Leben abhanden gekommen ist. Das Lustspiel spielt in der Biedermeierzeit; Kostüme und Möbel waren durchaus echt, z. B. aus dem südlichen Museum entliehen. Der Inhalt handelt von zwei Liebesspaaren, die sich nach allerhand lustigen Verwicklungen und nachdem der böse Intrigant entlarvt ist, endlich bekommen, nachdem sich der Held, ein Giechener Student, entschlossen hat, die Medizin an den Nagel zu hängen und wie sein Vater, den sichereren und nachbarlicheren Wegesberuf zu ergreifen. Die Darsteller boten durchweg Vortreffliches. Die von Hofkapellmeister Dittmer komponierten Couplets hielten sich geschickt im Ton der Zeit. Das Haus war voll besetzt und der stürmische Beifall, der oft zu lautem Jubel wurde, läßt eine lange Reihe von Wiederholungen des „Tollen Gunde“ erwarten. Die

### Kunst und Wissenschaft.

Professors Dils 70. Geburtstag. Unsere gestrige Notiz vom 70. Geburtstag des Karlsruher Malers Professors Dill ist nicht richtig. Professor Ludwig Dill ist am 2. Februar 1848 in Gernsbach geboren und kam somit erst in zwei Jahren seinen 70. Geburtstag begehen.

Preisverteilung. Aus Forstheim wird uns gemeldet: Der Frankfurter Modestund, der demnach in verschiedenen süddeutschen Städten seine Deutsche Modestunde abhalten wird, hatte kürzlich ein Preisauswahlgremium unter den Künstlern des Verbundes veranstaltet. Das Preisgericht konnte drei gleichwertige Preise verteilen, von welchen der eine dem Forstheimer Maler Albert Joho zuerkannt wurde.

Eine Stiftung für deutsche Forschung in China. Das Institut für asiatische Geschichte zu Berlin hat einen Betrag von 20000 Mk. zur geographischen Erforschung der chinesischen Provinz Schansi zur Verfügung gestellt. Pläne dafür sind bereits in Aussicht genommen, müssen aber vorläufig infolge des Krieges zurückbleiben.

Personalien. Dem außerordentlichen Professor für Mathematik, Dr. phil. Alfred Bromm an der Universität Freiburg i. Br. ist der Titel ordentlicher Honorarprofessor verliehen worden. Als Privatdozent für Psychologie und Philosophie habilitierte sich an der Frankfurter Universität Dr. Hans Henning. Affirmiert an psychologischen Institut, mit einer Schrift: „Der Versuch. Eine Einleitung zur Grundpsychologie.“ Außer einer Reihe von Arbeiten in Fachzeitschriften veröffentlichte Dr. Henning: „Zergarten der Erkenntnistheorie“ (1912), „Goethe und die Fachphilosophie“ (1912), „Kants Nachlasswerk“ (1912), „Der Traum, ein affektiver Kurzhilf“ (1914), „Ernst Mach als Philosoph, Psychiker und Psychologe.“ Eine Monographie (1915). — Der Direktor des Königl. Staatsarchivs zu Magdeburg, Geh. Archivrat Dr. Georg Winter, begehrt am 3. Februar seinen 60. Geburtstag. Geheimrat Winter ist Herausgeber des 8. und 9. Bandes von Hans Welle's Geschichte in Gemeinschaft mit Alfred Dove aus Nantes Nachsch.

Maßteil. Das Ministerium führe die Aufsicht über die Verbände und werde für Abhilfe von Missetaten sorgen. Ein einheitliches Verwaltungssystem könne nur durchgeführt werden, wenn das Großherzogtum zu einem einzigen Kommunalverband zusammengefaßt oder einheitliche Anordnungen getroffen würden. Hierzu habe sich bisher kein Verzicht gezeigt.

Bezugnehmend auf von einem Mitglied als vorläufig hingeworfene mürktembergische Vorarbeiten über das Verbände von Auslandsmehl erklärt ein Regierungsvizepräsident, man werde prüfen, ob sich die Erlassung ähnlicher Bestimmungen, die sich auf die Bundesratsverordnung über die Verbrauchsregelung stützen müßten, empfiehlt. Das werden vor 6 Uhr morgens in Landgemeinden sei in Übereinstimmung mit der Bundesratsverordnung geschaltet werden, um denjenigen Bäckern, die zugleich Landwirtschaft betreiben, zu ermöglichen, ihren landwirtschaftlichen Arbeiten nachzugehen. Die Kommunalverbände dürften nach den Vorschriften des Bundesrats aus ihrem Bezirk nur mit Genehmigung der Reichsgetreidebehörde Mehl ausgeben; doch habe das Direktorium der Reichsgetreidebehörde die Ermächtigung erteilt, daß landwirtschaftliche Kommunalverbände einen Austauschvertrieb mit Mehl und Brot im kleinen veranstalten, ohne daß jedesmal die Erlaubnis der Reichsgetreidebehörde eingeholt werde. Dies sei den Bezirksämtern mitgeteilt worden. Es sei vorgekommen, daß Konsumvereine, die mit ihren Beständen nicht genügend gesorgt hätten, sich mit beschlagnahmten Mehl zu versorgen suchten. Dadurch werde aber der Mehl- und Brotpreis erhöht. Seiner Ansicht nach sollten die Kommunalverbände auf Anschaffung von Auslandsmehl verzichten. Man solle dieses Mehl den Betrieben zumachen lassen, die aus Mehl nicht unter die Verbrauchsregelung fallende Nahrungsmittel herstellen.

Ein Mitglied erklärt, gehört zu haben, daß die Vermischung in den Bruchäcker Strafanstalten inbezug auf Fleisch und Mehl etwas sehr reichlich sei, und fragt, ob keine Kürzung eintreten könne. Von anderer Seite wird getadelt, daß die Verbrauchsregelung und die Vorschriften über die Verbrauchsregelung nicht genügend beachtet werden. Es wäre in solchen Fällen ein strengeres Vorgehen zu begründen. Es bestie vielfach die Ansicht, daß die Verbrauchsregelung nicht maßstabgemäß sei; diese Ansicht sei aber nicht zutreffend. Ein Regierungsvizepräsident bemerkt, in den Bruchäcker Strafanstalten seien Gefangenen anfangs mehr Brot als zulässig ausgeteilt worden; das Justizministerium habe aber strenge Weisung erteilt, daß die vorgeschriebene Mengensysteme nicht mehr überschritten werden dürfen.

Mit Zustimmung der Antragsteller wird hierauf der Antrag Beihaupt für erledigt erklärt. Von der nunmehr zur Beratung kommenden Nummer 1 des Antrags der Hg. A. Kolb und anderer über die Nahrungs- und Verbrauchsmittelverträge werden die beiden ersten Halbjahre, monatsweise die Beteiligung der Halbmonatszahlungen zu den Höchstpreisen für Mehl und Weizen, sowie die Veranschlagung der Tageslohnmenge von Mehl und Brot allgemein und für die Minderbemittelten und die besonders schwer arbeitenden Bevölkerungsschichten besonders genehmigt wird, mit Zustimmung der Antragsteller als erledigt erklärt. Der dritte Halbjahr dieser Ziffer, inwieweit dessen die Regierung erachtet wird, dahin zu wirken, daß das Landespreisamt scharfe Kontrolle über die von den einzelnen Kommunalverbänden festgesetzten Mehl- und Brotpreise übe, wird von der Kommission angenommen, nachdem ein Regierungsvertreter darauf hingewiesen hat, daß die Preisprüfung durch das Landespreisamt infolge Erfolg gehabt habe, als die Mehl- und Brotpreise in den letzten Monaten zurückgegangen seien, und berichtet hat, daß das Landespreisamt auch künftighin sein Augenmerk auf die Gestaltung der Preise richten werde.

In der sich hieran anschließenden Fortsetzung der Beratung des Abschnittes X der Denkschrift über die Verbrauchsregelung im Verkehr des täglichen Lebens (Unterabschnitt 2: Verkehr mit Lebensmitteln) trägt ein Mitglied den Wunsch vor, daß auch bei solchen minderbemittelten Familien, die nicht als schwerarbeitende anzusehen seien, nach Sachlage die Veranlassung von Zulagen an Brot und Mehl gestattet werden solle. Ein Regierungsvertreter erwidert, daß die Kommunalverbände unbedenklich in solchen Ausnahmefällen den besonderen Bedürfnissen Rechnung tragen könnten, falls sie nur im ganzen die durchschnittliche Tageslohnmenge von 300 Gramm Mehl nicht überschreiten. Auf die Anfrage eines anderen Mitgliedes, wie hoch sich die Zulagen eines Kommissionsars der Kommunalverbände belaufen, erteilt ein Regierungsvertreter die Auskunft, daß die Gebühren der Kommissionsare der Reichsgetreidebehörde in der Regel nicht mehr als 2 Pf. pro Tonne und vielfach weniger betragen; in einzelnen Bezirken, wo wenig Getreidebau herrsche und schlechtere Verkehrsverhältnisse beständen, könne jedoch ein Aufschlag ausnahmsweise gerechtfertigt sein. Von einer Seite werden die Gebühren als zu hoch bezeichnet, da der Kommissionsar kein Mißt habe, ihre Verabreichung befristet und gewährt, und das Landespreisamt aus hierauf kein Augenmerk richte. Ein Mitglied spricht sich für ein vollständiges Verbot des Molzerns bei Benutzung von Backmaschinen aus.

Hier wird die Beratung abgebrochen.

Badische Politik.

An diesem Jahre vollenden zwei Mitglieder der Zweiten Kammer ihr 60. Lebensjahr, nämlich der Abgeordnete des 50. Wahlkreises (Stadt Mannheim II) Robert Kramer (Soz.), Geschäftsführer und Stadtvorstand in Mannheim, geb. am 20. Februar 1856, und der Abgeordnete des 63. Wahlkreises (Weinheim-Mannheim) Valentin Müller (Natl.), Landwirt in Seilgraben, geb. am 22. September 1856. Der Vertreter des 72. Wahlkreises (Lauderbach) Dr. Josef Schöfer (Soz.), Benefiziat in Freiburg i. Br., wurde am 1. Januar l. J. 50 Jahre alt; außer ihm können im Laufe des Jahres noch fünf Abgeordnete ihren 50. Geburtstag feiern, und zwar der Vertreter des 7. Wahlkreises (Willingen-Donauschingen), Franz Görlacher (Soz.), Schlossermeister in Willingen, geb. am 22. Februar 1866, der Vertreter des 45. Wahlkreises (Durlach-Stadt), Friedrich Weber (Soz.), Schlosser und Gemeinderat in Durlach, geb. am 23. März 1866, der Vertreter des 8. Wahlkreises (Bundorf-Waldshut), Josef Willemann (Soz.), Landgerichtsrat in Offenburg, geb. am 24. März 1866, der Vertreter des

71. Wahlkreises (Bogberg-Melsheim), Georg Hertle (N. Vrg.), Landwirt und Bürgermeister in Sachfenflur, geb. am 9. Mai 1866, und der Vertreter des 19. Wahlkreises (Stadt-Freiburg II), Karl Mast (Soz.), Faktor und Stadtvorstand in Freiburg, geb. am 17. Dezember 1866. Drei Mitglieder der Kammer vollenden ihr 40. Lebensjahr: der Vertreter des 6. Wahlkreises (Donauschingen-Engen), Friedrich Schön (Natl.), Bürgermeister in Donauschingen, geb. am 5. März 1876, der Vertreter des 26. Wahlkreises (Triberg-Willingen-Dollach), Hermann Hummel (N. V.), Professor in Karlsruhe, geb. am 22. Juni 1876, und der Vertreter des 9. Wahlkreises (St. Blasien-Waldshut), Alfred Spang (Soz.), Bezirksleiter in Schönau, geb. am 22. November 1876.

Aus Baden.

Hofbericht.

Karlsruhe, 2. Febr. Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin in wohnlichen Gemächern am 8. Febr. zu Ehren des Kaisers Steinbrunn im kleinen Saal der Festhalle an.

Denkmal empfangen E. K. S. der Großherzog und die Großherzogin Dr. Senig und den Minister Dr. Hübich, und nachmittags den Geheimrat Dr. Freiherrn v. Babo zum Vortrag.

Unzere Helden.

Der Tod fürs Vaterland starb: Vizefeldwebel d. N. Wilhelm Ragner, Bern-Altkar, Ritter des Eisernen Kreuzes, Inhaber der bad. Verdienstmedaille, von Karlsruhe.

Das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhielten: Feldpostdirektor Karl \*Wagner, Fähnrich Karl \*Ludwig, Landwehrmann Johann \*Stumpf von Durlach, Hoff. Otto \*Guminger, Hoff. Ludwig \*Schäpffe und Hoff. Kaufmann Adolf \*Lauer von Ettlingen, Artillerieoberst, Lehramtspraktikant Dr. \*Daas, Gren. Gustav \*Baumann und Kriegsfreiw. Carl \*Weiler von Bruchsal und Hoff. Detonon Adolf \*Engler von Mühlheim.

Jahrplanänderungen.

Vom Donnerstag, den 3. Februar d. J. an fallen die Feste D 260, D 60 und D 57, beginnend mit Zug D 260, zwischen Meß und Weizlers-Charlotten und umgekehrt aus. Die Reisenden müssen also in beiden Richtungen in Meß umsteigen. Der Schlafwagen Stuttgart-Meßlers-Charlotten und zurück wird jenseits Meß mit den D 245 (Meß an 2.36 vorm.) befördert.

Schweizingen, 2. Febr. Der Bürgerausschuß hat die Aufnahme eines weiteren Anlehens von 60000 M zur Befreiung der der Stadtgemeinde durch den Krieg erwachsenden Aufwendungen genehmigt. Aus diesen Mitteln sollen u. a. zwei Pferde zur Feldbestellung der Bewohner käuflich erworben werden. Die Stadtgemeinde besitzt dann für diesen Zweck im ganzen vier Pferde. Die Kriegskredite stellen sich bis jetzt auf insgesamt 150000 M. Die Stadtrechnung nebst Nebenrechnungen für das Jahr 1912 wurde genehmigt.

Mannheim, 2. Febr. Der auf der diesigen Seite der Rheinbrücke beschäftigte 25 Jahre alte verheiratete Bahnarbeiter Michael Ockerich aus Schifferstadt fiel durch eine Spalte auf die Böschung am Rheinufer und rutschte ins Wasser. Er erlitt erhebliche innere und Kopfverletzungen.

Mannheim, 2. Febr. Das Untersuchungsamt der Stadt Mannheim hat bemerkenswerte Feststellungen über die Einwirkung der Fäkalienwässer auf die Verschärfung des Rheinwassers gemacht. Es wurde dabei festgestellt, daß eine erhebliche Verunreinigung des Stromes am linken Rheinufer durch die ohne vorherige Klärung eingeleiteten Abwässer der Stadt Ludwigshafen und durch die Abwässer der großen badischen Anilin- und Sodafabrik und am rechten Ufer durch den einmündenden Neckar verursacht wird. Inwieweit der Einfluß der Abwässer der Mannheimer Kläranlage außerordentlich gering. Die über einen Zeitraum von sieben Jahren sich erstreckenden Untersuchungen haben die Gewissheit ergeben, daß auch durch die sehr bedeutenden Abwässer mit so beträchtlichen Mengen organischer und anorganischer Stoffe, wie sie aus den Städten Mannheim und Ludwigshafen dem Rhein zufließen, eine dauernde Verschlechterung des Rheinwassers nicht herbeigeführt wird.

Baden-Baden, 2. Febr. Im Alter von 84 Jahren ist hier Oberlehrer Stefan Weinig gestorben. In den ersten Jahren seiner Lehrtätigkeit war er Schuldverwalter in verschiedenen Orten der Tauberregion, wurde dann nach Baden-Baden versetzt, war Hauptlehrer in Bühlertal, dann an der Knabenschule in Baden-Baden, wo er zum Oberlehrer ernannt worden war. Vor mehreren Jahren hatte er hier sein 50jähriges Dienstjubiläum und zugleich sein 25jähriges Jubiläum als Oberlehrer in Baden feiern können. Der Verstorbene war Mitbegründer der Feuerversicherung „Fraternitas“, die ihn anlässlich seines 50jährigen Dienstjubiläums zum Ehrenmitglied ernannt hatte.

Freiburg, 2. Febr. An Kaisers Geburtstag haben die Schüler der hiesigen Mittelschulen, Volksschulen und Institute 8200 M gesammelt.

Badenweiler, 2. Febr. Mit dem Jahre 1916 hat unser Kurort einen weiteren bedeutenden Schritt auf dem Wege seiner Entwicklung gemacht. In der Reihe der Kurorte mit ganzjähriger Kurzeit eingetretet. Man hat sich entschlossen, die gesamten Heilmittel wie auch Unterhaltungsmöglichkeiten des Badeortes das ganze Jahr über zur Verfügung zu halten. Vor allem finden regelmäßig Kurkonzerte statt.

Mühlheim, 2. Febr. Der 46jährige, zuletzt bei der Alliengeellschaft Oberheiniische Kraftwerke angestellte gewesene Kaiser Julius Fraß wurde wegen fortgesetzter Unterschlagung namhafter Geldbeträge und Vernichtung von Urkunden von der Mühlhäuser Strafkammer zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 2 1/2 Jahren verurteilt.

Ueberlingen, 2. Febr. In Lippertsreute brachte der ledige Dienstheld Johann Böhle die Hand in die Säckelmaschine, so daß

ihm Hand und Arm stückweise bis weit hinter das Handgelenk von den Messern abgetrennt wurde.

Immenstaad, 2. Febr. Trotz der vielfachen Mahnungen, mit Schießgewehren vorsichtig umzugehen, kommen doch immer wieder Unfälle vor. Der Flaschnerlehrling Joseph Mühl handelte mit einem Flobertgewehr, das sich entlud, wobei ein in der Nähe stehendes Mädchen in den Oberschenkel getroffen wurde.

Konstanz, 2. Febr. Morgen vormittags 10 Uhr trifft der erste schweizerische Lazarettzug mit den aus Frankreich heimkehrenden deutschen Kriegsinvaliden am Hauptbahnhof ein. Die Heimkehrer werden von da aus in das hiesige Militärhospital gebracht. Führer des Zuges ist wiederum der schweizerische Oberst Bohner. (W. B. Nichtamtlich.)

Von der Fiel Reidenau, 2. Febr. Das milde Wetter macht sich nicht allein in den Gemütsanliegen, sondern auch in den Neben bemerkbar. Es wird daran erinnert, daß vor 300 Jahren ein gleich mildes Wetter auf das Wachsen der Reidenau einwirkte. Die Klostergeschichte berichtet nämlich, daß man schon in der fünften Woche nach Befreiung das Feld mit Pflügen, Soden, Soden, Soden angegriffen hat, und daß bis zur Blüte ein köstliches Wetter war. Die Weinlese begann damals schon am 7. September.

Aus dem Stadtkreise.

Mehl- und Brotverbrauch. Das Stadt. Nachrichtenamt schreibt uns: Nachdem die neuen Mehl- und Brotpreise zur Ausgabe gelangt sind, ist es notwendig, daß jede Haushaltsführung sich genau berechnet, wieviel Brotkörner sie täglich verbrauchen darf und sich einrichtet, um auszureichen. Inzuchtprobleme können nur noch in beschränktem Maße und in ganz besonderen Fällen ausgegeben werden, z. B. für kinderreiche Familien. Diese würden übrigens am besten tun, morgens statt Kaffee und Brot eine gute Suppe (Kartoffelsuppe, Nudeln- und Knorruppen und dergl.) zu essen. Durch diese Maßnahme ersparen sie sich täglich eine größere Mehl- und Brotmenge, die sie dann zu Mehlspeisen verwenden können. Nehmen wir z. B. eine Familie von Vater, Mutter und 6 Kindern, zylammen 8 Personen. Nehmen diese morgens Kaffee mit Brot zu sich und rechnet man dabei nur 2 Stück Brot auf den Kopf der Familie, so ergibt sich eine Brotmenge von 16 Stück. Tritt an Stelle des Kaffees und Brotes eine Suppe, wie das in früheren Zeiten der Fall war und heute noch auf dem Lande Sitte ist, so erspart die Familie diese 16 Stück Brot. Sie ist nun in der Lage, jedem der Angehörigen um 10 und 4 Uhr, sowie mittags und abends je 1 Stück Brot zu geben. Außerdem bleibt ihr noch eine genügende Menge Mehl zur Herstellung von Mehlspeisen übrig. Gleichzeitig ist sie der Sorge, mit den Brotkörnern nicht auszukommen, entbunden. Auch die Bäckereien und amtlichen Stellen brauchen dann nicht mehr die Vorkalender derer anzuhören, die sich den Verhältnissen dieser ersten Zeit nicht anpassen wollen, obwohl das im dringenden Interesse unseres Vaterlandes liegt. Bei dieser Gelegenheit sei auch nochmals darauf hingewiesen, daß künftighin scharfe Aufsicht darüber geübt wird, daß Mehl und Brot in den Bäckereien, Kaufläden, Wirtschaften, Anstalten usw. nur noch gegen vorherige Abgabe der Mehl- und Brotscheine abgegeben wird. Mehl darf künftighin in Mengen von höchstens 1 Pfund auf einmal für eine Haushaltsführung entnommen werden. Auch sind alle Veränderungen, insbesondere Verminderungen durch Wegzug von Familienangehörigen, sofort anzumelden. Bäder, Kaufleute, Wirte und Haushaltungsvorstände machen sich strafbar, wenn sie diese Vorschriften nicht einhalten. Im Interesse der hygienischen Verwendung von Mehl und Brot dürfte es liegen, jeden Fall von Uevertretung der zuständigen Stelle zur Anzeige zu bringen.

Ein Verkauf von Fischen findet in der Fischmarkthalle heute von 3 1/2 bis 7 Uhr und Freitag von vormittags 8 Uhr ab statt. Soffenstraße 96 bis 98 wird heute von 3 bis 6 Uhr und in der Georg-Diedrichstraße am Freitag von vormittags 8 Uhr ab verkauft.

Im Colosseum kann man sich jetzt rheinischen Humors freuen. Die Burlesken-Ensembles, die bisher die Fahne des rheinischen Humors hochhielten, hatten sich immer der Sympathie der Residenzler zu erfreuen. Nun gar erst Jean Wabheim, der zum erstenmal hier seinen Theatrischen eingestrichelt hat. Abends 8 Uhr durch das Haus. Haben wir es hier doch mit einem Meister des Humors und des Dialekts zu tun. Feines Humors, der selbst in der harmlosesten Darnlosigkeit Gelegenheit findet, den Zuschauer zu erquiden. Wabheim spielt mit eigener Kunst den Fabrikanten und unfreiwilligen „Inferenten Pflaume“ im gleichnamigen Stück in jeder Bewegung dröckig und als Herr jeder Situation. Sein Auftreten ist sogar in turbulenten Szenen, in denen mancher andere Komiker sich in Ueberreibungen nicht genug tun könnte, frei von jeder Kluftreißerei. In den Szenen, in denen die Burleske die Oberhand gewinnt, bewahrt Wabheim immer noch Ruhe und Natürlichkeit. Sein Witzspiel ist äußerst lebhaft und sprechend und zählt zu seinen darsellerischen Hauptmitteln. Auch mit den weichen Hilfsmitteln der Schauspielerei, wie geschicktes Paukieren usw., ist dieser Darsteller wohl vertraut. So konnte es nicht weiter erkaunen, daß die dicht gedrängt stehenden Zuschauer mit Verlangen des strammen Inferenten Pflaume harrten. Wabheim vermochte es, dem mit erheiternden Szenen in Fülle ausgefallenen Stück das Interesse bis zum Schluß zu erhalten. Die Gestaltung dieses „Pflaume“ war ein Toppus von Leben und Heiterkeit. Selbstredend hatten die übrigen Darsteller, die sich um diese „Sonne des Humors“ drehen mußten, einen schweren Stand. Am besten behauptete sich Betty Marrone als „Christinchen“. Sie war lieblich und nachgiebig aber auch scharf und schneidend, wo es das Auftreten dem Manne gegenüber notwendig machte. Regie und Ausstattung waren des Lobes wert. Das Publikum zeigte sich recht aufgereizt und spendete Beifall in Menge. Namentlich das feldgraue Element wußte die gelungene Wiedergabe des Inferenten Pflaume mit der gemessenen Sachkenntnis zu würdigen.

Lieder- und Balladenabend Fritz Feinhals. Man schreibt uns: Kammerfänger Fritz Feinhals, dessen einziger Liederabend am Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Museumsaal stattfindet, wird Lieder von Voewe, Schumann und Strauß singen. Kapellmeister Alfred Simon, der die Begleitung am Klavier übernommen hat, wird Fiolbes Liebestod von Wagner-Mat zum Vortrag bringen. Das Programm, das eine Fülle schöner und selten gehörter Kompositionen enthält, ist mit besonderer Sorgfalt zusammengestellt, so daß ein glänzender Verlauf des Abends zu erwarten ist. — Der Kartenverkauf besorgt die Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

Liederabend Elisabeth Gutzmann. Man schreibt uns: Fräulein Elisabeth Gutzmann, die, wie bereits mitgeteilt, am Samstag den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Museumsaal einen Liederabend veranstaltet, ist durch ihre schöne, frische Stimme, glänzende Technik und die feine Verflechtung in der Auffassung und Wiedergabe rühmlich bekannt. In die Vortragsfolge hat die Sängerin diesmal vorwiegend moderne Kompositionen: Regner, Albert, Wolf, Schweifer gewählt. Brahm's ist mit dem „Hollis „Deimweh“ vertreten. Die obligate Klarinette spielt Herr Hofmusikler Spranger. Fräulein Mathilde Roth, die auch die Begleitung der Gesänge übernommen hat, besitzt eine ausgezeichnete Technik und geländisches Spiel. Sie wird Kompositionen von Schumann, Weber, Chopin und List zum Vortrag bringen. So verpflichtet das Konzert einen außerordentlichen Kunstgenuss, und der Besuch ist auch des guten Zweckes wegen warm zu empfehlen, da der Reinertrag der „Städtischen Kriegsflüchtlinge“ überwiesen wird. Eintrittskarten im Vorverkauf in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, und an der Abendkasse.

Unfall. Am Montag nachmittag erlitt ein 20 Jahre alter Knabe von hier in einem Hause der Uhländstraße dadurch einen Unfall, daß ihm ein 4 Zentner schweres Faß, das er nach dem Keller bringen wollte, umkippte und auf das rechte Bein fiel. Er trug einen Beinbruch davon und wurde im Krankenauto ins Krankenhaus gebracht.

Befragungen wurden: eine Tagelöhnerschekin aus Mehl wegen hier verübter Warenhandelschäfte, ein Bäder von Achem, der einen Arbeitskollegen hier befristet, eine 44 Jahre alte Kaufmannswitwe aus Ebersbach wegen Betrugs und Diebstahls, ein 15 Jahre alter Rangierer von Mainz wegen Zittelschleiferbetriebs, ein Schreiner von Kotten, der von der Staatsanwaltschaft hier wegen Diebstahls ausgeschrieben ist.

Landesbuch-Auszüge.

Chefgebote. 2. Febr.: Karl Faber von hier, Bäder hier, mit Josefine Schwedert von Bruchsal; Heinrich Bessart von hier, Kaufmann hier, mit Katharina Red von Durlach.

Gebelichung. 2. Febr.: Eugen Reiningert von Willingen, Schneider in Freiburg, mit Maria Cadario von Aepfersberg.

Geburten. 27. Jan.: Klara, Vater Karl Esch, Tagelöhner. — 29. Jan.: Walter Friedrich Karl, Vater Friedrich Siegrist, Schreinermeister; Wilma, Vater Hermann Rees, Rangierer; Hermann Otto, Vater Anton Geh, Maschinist. — 31. Jan.: Lisa Hilba, Vater Karl Kraut, Sattler. — 1. Febr.: Anna Maria Josefine, Vater Jakob Tanner, Melkerbesitzer.

Todesfälle. 31. Jan.: Heinrich Hermann, alt 11 Jahre, Vater Joh. Diefenbacher, Fabr.-Arb.; Erich, alt 5 Jahre, Vater Karl Wier, Landwirt; Josef Heinrich, Schreiner, alt 66 Jahre; Anna Bessert, Sebr., leb., alt 30 Jahre. — 1. Febr.: Karol. Konrad, leb., ohne Gew., alt 77 Jahre; Luise Kramer, alt 76 Jahre, geb. Ehefrau des Zimmermanns Wilhelm Kramer; Marie Reinholdt, alt 76 Jahre, Witwe des Palaisinspektors Philipp Reinholdt.

Verdigungsgesetz und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, den 3. Februar. 11 Uhr: Marie Reinholdt, Palaisinspektors-Witwe, Akademiestr. 44 (Eberbestattung). — 12 Uhr: Luise Kramer, Zimmermanns-Gebrau, Schloßbezirk 5. — 14 Uhr: Marie Salbmann, Kaufmanns-Gebrau, Douglasstr. 18. — 2 Uhr: Max Büßhoff, Musikf. In-Regt. 49, Neue Gerverstraße. — 3 Uhr: Karoline Konrad, ohne Beruf, Grenzstr. 7. — 3 Uhr: Mathilde Kübede, Schneiders-Witwe, Leffingstr. 41. — 1/5 Uhr: Franz Maier, Tagelöhner, Waldstraße 75, Mühlburg.

Schule und Kirche.

Kriegsgedenkbuch der höheren Schulen in Württemberg.

Wie gemeldet wird, ist auch in Württemberg ein Kriegsgedenkbuch der höheren Schulen „Der Weltkrieg und die höheren Schulen Württembergs“ in Vorbereitung, das als gemeinsame Programmbeilage der höheren Schulen für das Jahr 1916 nach dem Kriege erscheinen soll und in verschiedenen Abschnitten die Beziehungen der höheren Schulen, der Lehrer wie der Schüler zum Kriege darlegen wird.

Einschränkung des Zölibats der Lehrerinnen in Heßen.

Da von den Lehrern des Großherzogtums Heßen schon über 200 gefallen sind, hat die dortige oberste Schulbehörde zur Befreiung der Stellen kriegsgetraute Lehrerinnen und verwitwete ehemalige Lehrerinnen herangezogen. In Neu-Heßenburg sind zwei verheiratete Lehrerinnen tätig. —

Literatur.

Heil Kaiser dir, ein Kaiser Wilhelm gewidmeter Marsch von E. Bonis, ist schon erschienen. Die schwungvolle, von patriotischem Geist erfüllte Komposition des bereits durch eine große Anzahl vaterländischer Kompositionen vortrefflich bekannten Komposers ist zu beziehen durch die Musikalienhandlungen oder direkt vom Hauptverlag: Franck's Musikverlag Chemnitz-Schönan. (Preis 1.50 M.)



Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 2. Februar. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten der Champagne und östlich von St. Die (in den Vogesen) größere Lebhaftigkeit. Die Stadt Lens wurde abermals vom Gegner beschossen.

Ein französisches Großflugzeug wurde von unserer Abwehrfeuer gefaßt, südwestlich von Channy ab. Die Insassen sind verwundet gefangen genommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Eine stärkere russische Abteilung wurde von deutschen Streifkommandos an der Wjelska südlich von Ruzhica Wola (Wjelschen Stokod und Stry) angegriffen und angetrieben.

Balkanriegsschauplatz:

Unsere Flieger beobachteten in den Hafenanlagen von Saloniki große Brände, die offenbar von unserem Luftschiffangriff her zu führen.

Oberste Heeresleitung.

Ernennung des Sultans zum Generalfeldmarschall der deutschen Armee.

Konstantinopel, 2. Febr. (Vom Vertreter des S.B.) In dem Handschreiben Kaiser Wilhelm an den Sultan, in dem er diesem die Ernennung zum Feldmarschall mitteilt, heißt es: „Im Hinblick auf die großen Leistungen, die Sie in dem vergangenen Lebensjahr vollzogen haben, gebente ich heute an meinem Geburtstag der hervorragenden Leistungen der türkischen Armee mit besonderer hoher Anerkennung. Dieser Anerkennung und zugleich den nahen freundschaftlichen Beziehungen, die mich mit dem Sultan verbinden, Ausdruck zu geben, ist heute mein lebhaftester Wunsch. Dem Sultan biete ich deshalb die Würde eines Generalfeldmarschalls meiner Armee anzunehmen, die mit mir der tapferen Waffenbrüder in treuer Kameradschaft gebende.“

Der Luftangriff auf England.

London, 2. Febr. (Neuter.) Wie amtlich gemeldet wird, war der Luftangriff in letzter Nacht im großen Maßstab unternommen. Die Angreifer scheinen jedoch durch dichten Nebel behindert worden zu sein. Nachdem die Zeppelinlinie die Küste überflogen hatten, nahmen sie ihren Kurs in verschiedenen Richtungen und ließen auf einige Städte und ländliche Bezirke von Derbyshire, Leicestershire, Lincolnshire und Staffordshire Bomben fallen. Es wurde einiger Sachschaden angerichtet. Bisher wurden 54 getötete und 67 verwundete Personen festgestellt. (W.B. Nichtamtlich.)

Daag, 2. Febr. Das englische Kriegsamt wünscht das Säulen der Glocken in den Kirchen Londons während der Kriegszeit zwischen Sonnenaufgang und Untergang verboten zu sehen, weil es den Zeppelinlinien als Signal dienen könne.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 2. Febr. Amtlich wird verkündet vom 2. Februar 1916:

Russischer Kriegsschauplatz:

Vor der Brückenschanze nordwestlich von Ustjezsko wurde der Feind durch Minenangriffe zum Verlassen seiner vorrückten Gräben gezwungen. An anderen Stellen der Nordostfront fanden Patrouillenkämpfe statt.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Im Sogana-Tal wurden westlich von Ronceno mehrere Angriffe eines italienischen Bataillons abgewiesen. Am Gange des Col di Sogana wurde eine feindliche Sappestellung im Übergangsbereich genommen und gesprengt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

In Albanien gewannen unsere Vortruppen ohne Kampf das Südufer des Mati-Flusses. In Montenegro volle Ruhe. Keine besonderen Ereignisse.

Rußland.

Die Kämpfe bei Riga.

Petersburg, 2. Febr. Amtlicher Heeresbericht vom 1. Februar. Westfront: Der Artilleriekampf in der Gegend von Riga dauerte gestern den ganzen Tag mit Lebhaftigkeit an. Bei der Besetzung der Feind hielt unsere Stellung mit Infanterie und Maschinengewehren. Südlich von Schol, Kokenhufen südwestwärts Friedriessstadt verdrängte eine deutsche Abteilung mit Schneekanonen bei Glanenhof (65 Kilometer südlich Kokenhufen) das Eis der Düna aufzureißen. Sie wurde jedoch durch unser Feuer zurückgedrängt. In der Gegend von Godurlicht (28 Kilometer östlich Swenzjan) belegten unsere Flieger Train und einen Eisenbahnzug des Feindes mit Bomben. Im Karosee verwendeten die Deutschen Geschosse schwerer Kanonen, die eigenartiges Geräusch entließen.

Im Abschnitt des Generals Swaroff kam eine erfolgreiche Tätigkeit unserer Artillerie an der Strypa in Galizien gemeldet werden, ebenso die Zurückweisung eines Angriffs, den einige feindliche Truppen bei dem Waldchen nordöstlich Buczacz machten.

Kanalarfront: Bei Tortum und Chynskala folgten unsere Truppen dem geschlagenen Feind auf dem Fuß. (W.B. Nichtamtlich.)

Petersburg, 2. Febr. Der Heilige Synod hat einen Vorschlag für eine neue Kirchenverfassung ausgearbeitet, der der Reichsduma gleich nach ihrem Zusammentritt vorgelegt werden soll. Der Vorschlag bricht völlig mit dem bisherigen Zustand. Er geht aus von dem Grundgedanken völliger kirchlicher Selbstverwaltung. Alle Kirchengebäude und die mit Kirchen verbundenen philanthropischen Anstalten usw. werden Eigentum der betreffenden Gemeinde. (W.B. Nichtamtlich.)

Gzernowiz, 1. Febr. Ein gefangener russischer Offizier berichtet, daß sich in Zentral- und Südwestrußland stärkere revolutionäre Umtriebe geltend machten. Besonders in den ukrainischen Gebieten sei die Unzufriedenheit größer. Vor drei Wochen seien fünf ukrainische Revolutionäre aufgehängt worden. Die Mitglieder einer ukrainischen Deputation, die in London und Paris vorbrachen, um auf Willen der Ukrainer auf die russische Regierung einzuwirken und nationale Rechte zu gewinnen, seien nach ihrer Rückkehr nach Sibirien verbannt worden.

Angriffe gegen das italienische Kabinett. (Eigener Drahtbericht.)

h. Lugano, 2. Febr. Ein römischer Bericht des „Avanti“ stellt zunehmende Erbitterung gegen das Kabinett, insbesondere gegen Sonnino fest, dem noch mehr als Salandra die Schuld an allen Misserfolgen aufgebürdet wird. Während die gesamte Presse das Ministerium in rückwärtsloser Weise zu kritisieren beginnt, werden auch Sonnino mit heftigen Angriffen nicht verschont. Er werde offen als unfähiger Hohlkopf bezeichnet. In parlamentarischen Kreisen herrsche heute ebenfalls offene, heftige Feindschaft gegen Sonnino, da man ihn als Allzeitwärtigen ansehe. Freilich werde die Proteste der Kammermehrheit durch die Besorgnis gedämpft, daß nach einem etwaigen Sturz des Kabinetts Salandra die Radikalen und Reformisten ans Ruder kämen, die um kein Haar besser als Salandra und Sonnino seien. So sei leider das von England verdrängte Italien gezwungen, weiter im alten Geleise fortzufahren.

Serbischer Friedenswunsch.

Bern, 1. Febr. Die schweizerische Telegraphen-Information meldet aus Athen: Tiefen Eindruck machen hier die Äußerungen der in Griechenland wohnenden Mitglieder der serbischen Klupschitsina, die darauf hinauslaufen, daß Serbien um jeden Preis Frieden schließen und zu diesem Zweck vor allem die Dynastie und Patriarchat opfern sollte.

Der Zeppelinangriff auf Saloniki.

Saloniki, 2. Febr. Gestern morgen um 3 Uhr bombardierte ein Zeppelinluftschiff heftig Saloniki. Es warf 20 Brandbomben ab. Es wurden zwei griechische Soldaten, fünf Mächtige, sieben Arbeiter und fünfzig andere Zivilpersonen verwundet. In militärischen Werken ist kein Sachschaden verursacht worden. (W.B. Nichtamtlich.)

Amsterdam, 2. Febr. Ueber den Angriff eines deutschen Luftschiffes auf die Schiffe und Depots der Entente in Saloniki veröffentlicht das Londoner Neuterische Bureau folgende Meldungen aus Saloniki: Ein Zeppelin hat hier heute nach Bomben abgeworfen. Militärischer Schaden ist aber nicht angerichtet, dagegen wurde ein griechischer Speicher, in dem Zucker, Kaffee und Mehl lagerten, zerstört. (W.B. Nichtamtlich.)

h. Lugano, 2. Febr. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Saloniki: Heute früh 3 Uhr flog ein von Sofia gekommener Zeppelin über Stadt und Hafen und warf etwa 20 Bomben ab, die furchtbare Explosionen verursachten. Im Hafen wurde ein englisches Transportschiff beschädigt. In der Stadt wurden die Magazine der Bank von Saloniki getroffen und in Brand geschossen, wodurch 1 Million Franken Schaden entstand. Getroffen wurden ferner die Präfektur, die Mojace und Privathäuser. Etwa 10 Soldaten und ungefähr 20 Bürger wurden getötet und etwa 50 Personen verwundet. Nach etwa 20 Minuten entfernte sich der Zeppelin, heftig von der Flotte beschossen. Nach dem Korrespondent des „Secolo“ kam der Zeppelin aus Monastir. Getroffen wurden nach diesem das Postamt, das französische Hauptquartier und die Oberstadt. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt, die Docks und die Bank von Saloniki zerstört.

Die Anruhen in Portugal.

Lissabon, 2. Febr. Einige Gewerkschaften freilich. Gestern nachmittags plagten Bomben auf mehreren Straßen. Es gab mehrere Verwundete. Drei Personen, die schon bei Kundgebungen am 30. Januar verletzt worden waren, sind gestorben. (W.B. Nichtamtlich.)

Der vernichtete englische Dampfer „Appam“.

„Appam“ von einem deutschen Kriegsschiff bei den Kanarischen Inseln aufgebracht.

Newport, 1. Febr. (Neuter.) Nach einem Telegramm aus Norfolk (Virginia) ist der britische Westafrikadampfer „Appam“, der bisher vernichtet wurde, gestern morgen in der Quarantänestation auf der Höhe von Old Point angekommen. Eine Preisermittlung von einem deutschen U-Boot soll den Befehl haben. Wie aus Newport News weiter gemeldet wird, ist der Dampfer „Appam“ auf der Höhe der Kanarischen Inseln durch ein deutsches Kriegsschiff angehalten und aufgebracht worden, das kurz zuvor andere britische Dampfer versenkt hatte.

Newport News, 1. Febr. (Neuter-Meldung.) Auf der „Appam“ weht, wie Neuter weiter meldet, die deutsche Kriegsflagge. Man glaubt, daß die deutsche Mannschaft sich lieber internieren lassen wird, als Gefahr laufen, bei der Wiederabfahrt aufgebracht und gefangen genommen zu werden. Der rechtliche Charakter der „Appam“ wird von den Behörden in Washington geprüft.

Newport News, 1. Febr. Neuter meldet: Das deutsche Kriegsschiff, das den Dampfer „Appam“ aufbrachte und mit einer Freimannschaft verließ, soll den Namen „Möve“ geführt haben.

Newport, 2. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Associated Press“ berichtet, wurde die „Appam“ am 15. Januar bei den kanarischen Inseln aufgebracht. Sie hatte 461 Personen an Bord. Im ganzen sind von dem deutschen Kriegsschiff sieben Dampfer versenkt worden, und zwar die Dampfer „Corbridge“, „Trader“, „Ariadne“, „Dromonby“, „Farrington“, „Comacina“ und „Arthur“.

London, 2. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Aus Newport News wird gemeldet, daß sich 451 Personen an Bord des „Appam“ befanden, darunter 138 Überlebende der sieben Schiffe, die von den Deutschen zum Sinken gebracht wurden, ferner 20 deutsche Bürger und Kriegsgefangene aus Kamerun und eine Preisermittlung von 20 Mann. Offenbar wurde der „Appam“ vier Tage nach seiner Ausreise, ohne Widerstand geleistet zu haben, erbeutet, nachdem ein Schuß über die Brücke des Dampfers abgefeuert worden war. Nachdem eine Preisermittlung an Bord gebracht worden war, begann das deutsche Schiff ein britisches, mit Fleisch aus Australien beladenes Schiff zu verfolgen. Dieses bot Widerstand und wurde in den Grund gehohlet. (W.B. Nichtamtlich.)

Newport, 2. Febr. Die „Associated Press“ meldet aus Norfolk: Der Dampfer „Appam“ wurde von einem deutschen Kriegsschiff beschlagnahmt, wobei es noch unbestimmt ist, ob es ein U-Boot oder ein Hilfskreuzer war. Die Newporter Agentur der Reederei des „Appam“ erzählt, daß es ein kleiner, schwer bewaffneter Frachtdampfer war. (W.B. Nichtamtlich.)

h. Rotterdam, 2. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Dampfer „Appam“ war am 1. Januar von Dakar abgegangen und wurde am 31. Januar in Plymouth erwartet, aber seit der Entdeckung eines seiner Boote am 26. Januar als verunglückt angesehen. Jetzt wird aus Newport gemeldet, daß das Schiff auf der Höhe der Kanarischen Inseln einem deutschen Hilfskreuzer oder U-Boot zum Opfer gefallen ist. An Bord des Dampfers befinden sich die Mannschaften folgender versenkter Schiffe: „Corbridge“, 3887 T., „Arthur“, 2500 T., „Ariadne“, 1985 T., „Trader“, 2927 T., ferner 2 Dampfer, von 2850 T. und 2000 T., und des fast 4700 T. großen Dampfers „Helen Mac Laitie“, der von Neuseeland nach England unterwegs war. Die „Appam“ trug übrigens eine Ladung von sehr hohem Werte, für die eine bedeutende Rückversicherung bezahlt wurde. Unter der Besatzung des deutschen Hilfskreuzers war auch ein australischer Fleischdampfer, der sich zu widerlegen versuchte, aber nach harter Verfolgung und lebhaftem Artilleriefeuer ging der Dampfer unter.

Wenn der Dampfer „Appam“ unter deutscher Kriegsflagge als Kriegsschiff in Norfolk eingelaufen ist, dürfte das den Vereinigten Staaten das Recht geben, das Schiff zu internieren. Dabei ist Voraussetzung, daß die „Appam“ nach Ablauf der ihr gestellten Frist den Schutzhafen nicht verließ. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß ein anderes deutsches Kriegsschiff „Barn“ in der erwähnten Weise behandelt wurde. Dieses Schiff lief am 25. Januar 1915 im Hafen von San Juan de Portorico ein und wurde interniert. Als Preise hätte das Schiff vertragsmäßig die deutsche Flagge zu führen und dürfte nach eigenem Ermessen im Hafen bleiben oder ihn verlassen.

Der Heerrieg.

London, 2. Febr. 79 Personen, Passagiere und Besatzung, des Postdampfers „Prinzess Juliana“, sowie die ganze Post wurden in Harwich gelandet. Es wird nichts vermisst. (W.B. Nichtamtlich.)

London, 2. Febr. Klondy berichtet, daß der belgische Frachtdampfer „Marguerite“, die Barkasse „Hilda“ aus Lowestoft und die Barkasse „Radium“ gesunken sind. Von allen dreien wurden die Besatzungen gerettet. (W.B. Nichtamtlich.)

Die Kämpfe an der Grenze von Ostafrika und in Kamerun.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 2. Febr. Neuter meldet: Der Oberbefehlshaber in Ostafrika berichtet: Die Zweiglinie der Ugandaabahn, die in der Richtung der deutschen Grenze geführt wird, hat Serengeti erreicht. Seit der Besetzung von Serengeti und Londaido hat die Tätigkeit des Feindes merklich nachgelassen. Der Befehlshaber in Kamerun meldet weitere Fortschritte der britischen und französischen Abteilungen, die in der Verfolgung der Deutschen nach verschiedenen Richtungen hin auf wenig Widerstand stoßen. — Aus Wata an der Küste des spanischen Wani-Gebietes wird berichtet, daß sich über 700 Deutsche auf spanischem Gebiete befinden. Viele feindliche Heberläufer ergaben sich den britischen und französischen Truppen in voller Ausrüstung.

(Notiz: Bei den Meldungen über die Gesichte an der deutsch-ostafrikanischen Nordostgrenze kann es sich nach Lage der Verhältnisse nur um unbedeutende Vorpostengefechte handeln, wie sie übrigens auch in anderen englischen Meldungen selbst als solche bereits gekennzeichnet worden sind. Einen größeren Ort Serengeti gibt es überhaupt nicht. Das hier gemeinte Serengeti, d. h. wasserarme Städte, ist nämlich dem Kilimandscharo und der Ugandaabahn gelegen und nicht zu verwechseln mit dem auf deutschem Gebiet und östlich des Naitron-Sees sich in der Richtung auf den Etsche-Owei erstreckenden Serengeti. Daß die englische Zweigbahn von Voi das ergebnislose Serengeti (bei Maktani) erreicht hat, ist schon seit Monaten bekannt. Es macht den Eindruck, als ob der neue englische Oberbefehlshaber Smith Dorrien, der übrigens nach anderen englischen Meldungen krankheitshalber Kapland nach nicht verlassen konnte, zunächst nur etwas von sich reden machen will. Als der Meldung über die Kämpfe in Kamerun in

nur zu entnehmen, daß es den Engländern und Franzosen bisher noch im merkwürdigsten ist, die sich tapfer wehrenden Reste der Schutztruppe vom spanischen Gebiete abzudrängen.) (W.B. Nichtamtlich.)

Zum Zwischenfall von Lausanne. (Eigener Bericht.)

h. Von der schweizerischen Grenze, 2. Febr. Der Gemeinderat von Lausanne besaßte sich gestern abend mit den jüngsten Kundgebungen. Die Gruppe der radikalen Gemeinderäte brachte eine Interpellation ein, die die von den Gemeindebehörden getroffenen Maßnahmen behandelt und sich einerseits auf die von dem deutschen Konsulat erfolgten Demonstrationen, andererseits auf die Dersikenaffäre erriedet. Der Lausanner Polizeidirektor vertritt die von der Regierung getroffenen Maßnahmen. Soweit die Interpellation die Dersikenaffäre betrifft, wurde von Regierungsseite jede Beantwortung abgelehnt mit der Begründung, daß sich die öffentliche Kritik hierin nicht mehr einzumischen habe, nachdem sich nunmehr die Gerichte mit der Austragung des Falles befaßt. Von einem Mitglied des Gemeinderats wurde dann eine Tagesordnung eingebracht, wonach die Haltung der Gemeindebehörden gebilligt wird. Die sozialistische Gruppe antwortete darauf mit einer Tagesordnung, in der das Bedauern über die getroffenen Maßnahmen ausgesprochen wird. Nach Verhandlungen der verschiedenen Gruppen einigte man sich auf die nachfolgende Formel, die einstimmig angenommen wurde: „Der Gemeinderat nimmt Akt von der Erklärung der Gemeindebehörden und stellt dabei fest, daß die Erregung der Manifestanten namentlich auf die Langsamkeit der verantwortlichen Behörden hinsichtlich der Beschuldigten im Generalstab zurückzuführen sei. Er zählt auf die Wachsamkeit und Energie der Behörden, daß die Willkür gemäß unserer demokratischen Traditionen der Höchstmaß untergeordnet bleibt.“ Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Ein Wort des Bedauerns über die Kundgebungen hat der Lausanner Gemeinderat also in seiner Tagesordnung untergebracht. Wohl aber brachte er es fertig, die maßlosen Ausschreitungen gewissermaßen zu rechtfertigen, indem er in schlicht angebrachter Weise die Demonstrationen mit der Dersikenaffäre verknüpfte. Reichte nur noch, daß er dem Feuillo d'Avis Recht gegeben hätte, das die Kundgebungen mit der „Provokation“ entschuldigt, die in dem „Lattjoer“ Hissen der Flagge liegt. Bei diesem trostlosen Verlangen der nachgebenden Gemeindebehörde von Lausanne ist es allerdings berechtigt, wenn die Massen frei ihren Deutschenhaß und ihrer Standsucht die Zügel lassen lassen. (Beifert Karlsruhe.)

Letzte Nachrichten.

Eisenbahnunfall bei St. Denis.

Saint Denis, 2. Febr. Der Schnellzug von Calais ist auf dem hiesigen Bahnhof entgleist. Mehrere Wagen sind zerstört. Die Zahl der Verunglückten beträgt 10 Tote und 15 Verletzte. Der Schnellzug von Calais, der den Bahnhof um 7 Uhr abends passieren sollte, hatte eine Viertelstunde Verspätung und fuhr mit 80 bis 90 Kilometer Stundenleistung, als er jenseits des Bahnhofs an der Brücke entgleiste. Die Lokomotive fuhr nach links um. Der Tender und dem Packwagen folgende Wagen 1. Klasse wurde zerdrückt. Ein Wagen 2. und drei Wagen 3. Klasse fuhrten gleichfalls nach links um, die drei Wagen am Schluß des Zuges nach rechts. Sie bilden einen unentwirrbaren Haufen von Eisenteilen. Fast augenblicklich fingen die Gasbehälter Feuer und binnen kurzem brannten alle Wagen. Die Feuerwehr von St. Denis kam zuerst zur Hilfe, sodann kamen Truppen und Fabrikarbeiter. Die Schwerverletzten wurden nach St. Denis, die übrigen mit der Eisenbahn nach Paris gebracht. Die Toten wurden auf dem Bahnhof beerdigt. (W.B. Nichtamtlich.)

Bereits durch Sonderausgaben verbreitete Meldungen.

Goremykins Rücktritt.

Petersburg, 2. Febr. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Ministerpräsident Goremykin ist auf sein Ersuchen hin in Anbetracht seines geschwächten Gesundheitszustandes von seinen Obliegenheiten als Ministerpräsident entlassen und zum Wirkl. Geheimen Rat 1. Klasse ernannt worden. Das Mitglied des Reichsrats Stuermer ist zum Ministerpräsident ernannt worden.

Die deutschen Erfolge zwischen Arras und Lens.

Berlin, 2. Febr. Im „A. L.“ berichtet Karl Rosner über die deutschen Erfolge zwischen Arras und Lens: Die Einzelkämpfe in diesem Höhenlande erwiesen sich immer mehr als Teile eines großen zusammenhängenden Vorstoßes. Vier derartige Stöße haben im Verlauf weniger Tage einen großen einheitlichen Erfolg gereinigt. Freiwilige Kräfte, die sich den zum Sturm befohlenen Kompagnien angeschlossen, haben den Raumgewinn um mehr als das Vierfache des ursprünglich geplanten Umfangs erhöht. Unsere Verluste sind gering.

Die Zeppelinangriffe auf Paris.

Bern, 2. Febr. Das Eingeständnis des „Temps“ von der Unterlegenheit des französischen Flugwesens gegenüber dem deutschen wird in bemerkenswerter Weise durch die Veröffentlichung der Unterredung eines Berichters des „Petit Journal“ mit dem Abgeordneten und Sportflieger Flandin ergänzt. Dieser Nachmann, der z. B. eine Stellung in der Leitung des Flugwesens bekleidet, hat angegeben, daß die Verteidigung von Paris gegen Zeppelinangriffe sehr schwierig sei. Es sei schwer, den Zeppelin zu entdecken und nach der Entdeckung anzugreifen, weil ein Kampfflugzeug wegen seiner Schwere nicht so hoch steigen könne. Maschinengewehre könnten dem Zeppelin nichts anhaben. Brandbomben müßten von oben her geworfen werden, wobei der Zeppelin wegen seiner größeren Steigfähigkeit die Oberhand behalte. Hierbei sei

das Zielen schwer, wodurch auch die Beschließung von der Erde aus fast unwirksam gemacht werde. Auf die Frage, wie denn die Zepellinaufriffe begegnen werden könne, erklärte Flambin, das einzige Mittel sei, die Luftschiffhallen anzufüllen und dort die Zepelline vor Eintritt der Fahrt zu zerlegen, wie dies in Friedrichshafen geschehen, aber nicht wiederholt werden sei. Hieraus gehe die Unterlegenheit hervor. Gegenwärtig beziehe sich eine Krise, denn obgleich die Flieger Maschinen hätten, würden die Arbeiten im Flugwesen weder mit Sorgfalt, noch mit Methode betrieben. Auf die Frage, ob an der Spitze des Flugwesens gegenwärtig ein Mann stehe, der die Krise beseitigen könne, sagte Flambin die Ähneln, und auf die weitere Frage: Glauben Sie, daß wir einmal einen solchen bekommen werden?, erfolgte mit erhobener Stimme die Antwort: Wir müssen es, denn wir brauchen einen.

**Der Vormarsch der Oesterreicher in Albanien.**  
 Berlin, 2. Febr. Wie verschiedenen Morgenblättern gemeldet wird, sind die gegen die albanische Küste vordringenden österreichischen Streitkräfte bereits über San Giovanni di Medua hinaus vorgestoßen, ohne bisher irgend welchen Widerstand zu finden. Nicht nur montenegrinische, sondern auch zeriprenge serbische Truppenteile haben die Waffen gestreckt.

**Rumänien.**  
 Berlin, 2. Febr. Aus Sofia wird dem „N. Z.“ gemeldet: Wie es heißt, hat die rumänische Regierung nicht nur ihr Interesse kund gegeben, nach Ablieferung der angelaufenen 50 000 Waggons noch weitere große Mengen an Getreide und Futtermitteln nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn auszuführen, sondern auch erklärt, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die englischen Anläufe die Durchführung des Ausfuhrvertrags und des Warenverkehrs nicht hindern. Die englischen Anläufe haben einen um 2 bis 3 Franken höheren Preis pro 100 Kilogramm bezahlt als jeherzeit die deutschen Anläufe. Das Verständnis, das die rumänische Regierung der deutschen entgegenbringt, hat die Auffassung von der allgemeinen Haltung Rumäniens günstig beeinflusst.

**Der türkische Bericht.**  
 Konstantinopel, 2. Febr. (Mittl. Kriegsbericht.) An der Kaukasusfront wurde ein feindliches Bataillon, das einen unserer Vorposten des Jentrams angriff, mit einem Verlust von 200 Toten und Verwunden zurückgeschlagen. — An den übrigen Fronten keine Veränderung.

**Musterung in der Schweiz.**  
 Bern, 2. Febr. Der Bundesrat hat gestern eine Verordnung erlassen, wonach sämtliche Schweizer vom 16. bis zum 60. Lebensjahr, die jemals im Dienst mit Gewehr oder Karabiner ausgebildet worden sind oder einem Schießverein als Schießende angehört haben, oder sonst mit der Handhabung von Gewehr, Karabiner oder Stutzen vertraut sind, sich einer persönlichen Musterung zu unterziehen und sich über ihre Schießfertigkeit auszuweisen haben. Sämtliche Schweizer Dienstpflichtige sowohl wie auch anässliche Ausländer, die Gewehr, Karabiner oder Stutzen besitzen, haben diese Waffen bei der Musterung vorzuzeigen. Die nicht militärpflichtigen Schweizer der Jahrgänge 1883—1892 haben sich einer Nachmusterung zu unterziehen. Zuwiderhandelnde werden militärgerichtlich bestraft.

**China.**  
 Peking, 1. Febr. (Petersb. Tel.-Ag.) Die Mongolen haben die Große Mauer überschritten und sind in die Bezirke La-Tung-Su und Ping-Lu-Siang eingedrungen. Ihre 2000 Mann starke Vorhut belagert die Stadt La-Tung-Su.

**Ägypten.**  
 Bern, 1. Febr. Eine Sondermeldung des „Temps“ aus Kairo besagt, daß auf Ersuchen des britischen Oberkommandos der Kriegsminister dem Minister für eine Vorlage betreffend Mobilisation aller Klassen der Meser-ven des ägyptischen Heeres unterbreitet habe. Ausgenommen sind die Regierungsbeamten.

**Deutsche Evangelische Missionshilfe.**

Hg. Berlin, 1. Februar.  
 In Anwesenheit der Kronprinzessin hielt am Dienstag der Verwaltungsrat der Deutschen Evangelischen Missionshilfe im Sitzungssaal des Herrenhauses seine diesjährige Tagung ab. Der stellvertretende Vorsitzende, Konfistorialpräsident Dr. D. Böhm-Dresden, begrüßte zunächst die Anwesenden und hob hervor, daß die Versammlung beweise, wie der Gedanke der evangelischen Mission in Deutschland trotz des Krieges in unverminderter Stärke weiterlebe. Er gestalte das Verhalten Englands, das sich nicht gekümmert hat, mit der Gewalt der Bajonette deutsche Missionare zu vertreiben. Sodann gedachte er des Todes des bisherigen Präsidenten der Deutschen Evangelischen Missionshilfe, des Hausministers von Wedel-Piesdorf. In den Kaiser wurde ein Guldigungstelegramm abgefaßt.

Schließlich sprach Geheimrat Professor Dr. Hand-Keipig über: „Evangelische Mission und deutsches Christentum.“ Auch er beklagte die großen Schäden, die England durch sein Verhalten während des Krieges dem Missionsgedanken zugefügt hat. Aber trotzdem wird das Christentum die Weltreligion sein und bleiben. Missionsarbeit ist Einlösung einer nationalen, sittlichen und religiösen Pflicht; sie muß aber, wenn sie Erfolg haben will, nicht die eigene Kultur fremden Völkern aufdrängen, sondern die Mission muß den anderen Völkern ihre eigene Kultur erhalten und sie bodenständig zu machen suchen. Die Deutschen Missionsgesellschaften sind längst zu der Überzeugung gelangt, daß es notwendig ist, die einzelnen Missionsgemeinden selbständig zu machen; nur solche selbständigen Gemeinden können volltätig werden. Das ist gewiß eine schwere Arbeit, aber, was notwendig ist, ist auch möglich. Die deutsche Missionsarbeit dient damit zwar fremden Völkern — das will sie —, sie dient aber damit zugleich der deutschen Nation. (Lebhafte Beifall.)

In die anschließende Aussprache griff u. a. Geheimrat Prof. Dr. Adolf Harnack ein. Er betonte, daß wir gegenwärtig in der Gefahr sind, alles, was das Christentum an internationalen Werten besitzt, zu verlieren. Wer aber bedenkt, daß die Internationale der christlichen Religion alle Stürme bisher überstanden hat, der wird auch die begründete Hoffnung hegen dürfen, daß in den gegenwärtigen kriegischen Zeiten die christliche Internationale sich halten wird. Freilich gegenwärtig ist die Internationalität der christlichen Staaten sehr bedroht, aber wir müssen alles tun, um die Allgemeinheit der christlichen Religion nach Kräften aufrecht zu erhalten, einerlei, was die andern tun.

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solff: Was aus den deutschen Missionen nach dem Kriege werden wird, können wir heute noch nicht wissen. Das wird sich danach richten, wie sich die Beziehungen der jetzt miteinander verfeindeten Staaten und Nationen nach dem Kriege gestalten werden. Jedenfalls werden wir daran festhalten, daß das Missionswesen, von dem es auch ansetzen möge, seine Grundlage immer zu suchen hat in dem Babelwort: „Geht hin in alle Welt und lehret alle Völker!“ Ich gebe der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß dieses Babelwort die Stürme des Weltkrieges überleben wird. (Lebhafte Beifall.)

In dem sich anschließenden geschäftlichen Teil der Tagesordnung legte Direktor Schreiber den Jahresbericht vor, dem zu entnehmen ist, daß die Arbeit der Missionshilfe durch den Krieg vielfach zwar eine andere Gestalt angenommen hat, daß sie aber der Missionsarbeit in vielfältiger Weise hat dienen können. Von den 23 deutschen Missionskonferenzen haben sich 15 mit 14 000 Mitgliedern der Deutschen Evangelischen Missionshilfe körperlich angeschlossen. Schließlich hat sich die Missionshilfe beteiligt an der Aufklärung des Auslandes über die wahre Lage in Deutschland.

Mit einem Schlußwort von Professor D. Meinhof vom Hamburgischen Kolonialinstitut, schloß die Tagung.

**Der Verband der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamten**

hielt jüngst in Hannover eine Kriegstagung ab, deren Aufgabe es war, die geleistete Verbandsarbeit zu prüfen und auf den Erfahrungen der Kriegszeit aufzubauen, Richtlinien für weitere Arbeit der Organisation zu suchen. Nach dem Sonderbericht über die Kriegshilfe der Beamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sind bisher 832 549,81 M für die Versorgung unserer Truppen im Felde und in den Lazaretten mit Vorräten, Stärkungs- und Genussmitteln und vielen anderen, sowie zur Fürsorge für die Familien bedürftiger Kriegsteilnehmer aus der eigenen Verwaltung (Unterbeamte und Telegraphenarbeiter) aufgebracht worden.

Im weiteren wurde die Lage der kriegsgeleiteten Beamten behandelt, die in den einzelnen Bezirken Ungleichheiten aufweist und dringend der Klärung bedarf. Gefordert wurde die Befreiung der kriegsgeleiteten im Amte ohne Veränderung ihrer Hechtslage, solange der Gatte im Felde steht, auch im Falle einziehender Militärpflicht. Im Hinblick darauf, daß die Erwerbsarbeit der Ehefrau sehr oft eine notwendige Ergänzung der Invalidenfürsorge sein wird, soll nach dem Wunsche der Tagung die Beamten auch nach Rückkehr des Ehepartners dauernd im Amte belassen werden bei völliger Kriegsinvalidität oder erheblicher Verringerung der Erwerbsfähigkeit, bis zu einem Jahre, wenn der Zurückkehrende nicht zugleich in eine selbstbetriebl. Stellung zurücktritt.

In Verbindung hiermit gelangen die Bedingungen für die Wiederannahme verwitweter oder geschiedener, ehemaliger Beamten zur Behandlung. Gewünscht wird Berücksichtigung derselben vor anderen Bewerberinnen. Siderstellung der Anrechnung ihrer früheren Dienstzeit. Das Vorhandensein von Kindern solle nicht mehr als Hindernis bei der Wiederannahme gelten und bei persönlicher Eignung sollen Ueberführungen des Höchstalters zugelassen sein. Endlich solle den nach den bestehenden Bestimmungen unter Verlust aller erworbenen Anwartschaften zwecks Beirat Auscheidenden die Aussicht auf diese Wiederannahmebedingungen ausdrücklich zugesichert werden.

Die Beratungen über die künftige Besoldungspolitik führten unter Berücksichtigung der bevölkerungspolitischen Notwendigkeiten zur grundsätzlichen Forderung einer der standesgemäßen Lebenshaltung angemessenen Grundbesoldung mit angestalteten Dienstalterszulagen und darüber hinaus nach der Art der Haushaltung und dem Maße der Fürsorgepflicht abgestufte Mehrbeträge durch Anpassung des Wohnungsgeldes und durch Beiträge im Sinne der Kinderzulagen. Grundsätzlich abgelehnt wurde die noch immer geltende Auffassung, als sei eine Minderbezahlung der Frauenarbeit an sich recht und billig.

Im Zusammenhange hiermit wurde die Lage der infolge eines Betriebsunfalls in den Ruhestand versetzten Beamten behandelt, da der Verband an ihrer Versorgung infolge der Häufigkeit von Unfällen im Fernsprechbetriebsdienste besonderen Anteil nehmen muß. Betrachtet unsere Behörde eine unfallverletzte Beamtin bei der Bemessung des Ruhegehaltes als nur teilweise erwerbsunfähig, so sollte sie die bindende Verpflichtung übernehmen, die Beschäftigte zu dem verbleibenden Teil ihrer Erwerbsfähigkeit in einer den Unfallfolgen angemessenen Dienststelle gleichen Ranges gegen Entgelt zu beschäftigen, sofern die Betroffenen dies beantragen. Erweist sich hierbei, daß die Kräfte zu dem angenommenen Verhältnis von Arbeitsfähigkeit nicht ausreichen, so ist die Pension dementsprechend zu erhöhen.

Zu ausführlicher Darstellung gelangte der Einfluß des Krieges auf die Frauenarbeit im Bereiche der Post- und Telegraphenverwaltung. Die Beamtinnen beider Verwaltungsweige werden bisher zu den Hauptprüfungen der männlichen; mittleren Beamten nicht zugelassen, doch werden sie seit je in erheblichem Umfange verleiungsweise in Affiliaten- und Sekretärstellen verwendet. Infolge des Krieges ist diese Verwendung sowohl nach Art der Dienstweige wie nach Zahl der Belegschaften ganz außerordentlich gewachsen, und es hat sich nach den Ermittlungen des Verbandes ge-

zeigt, daß die Leistungen nicht nur befriedigend, sondern im Verhältnis zu der im allgemeinen zugehenden Hochausbildung sogar über Erwartung gut sind. Hierdurch erhält die alte Verbandsforderung nach Ausbau der dienstlichen Laufbahn, die sich auf der Tatsache des Bedürfnisses nach einer Entwicklungsmöglichkeit im Beruf und auf der ganz besonders nachteiligen Wirkung des bisher-eigenen Frauendienstzweiges, des Fernsprechdienstes, für die Gesundheit gründet, eine starke Stütze. Infolge der Notwendigkeit der Unterbringung von Kriegsbeschädigten in behördlichen Stellen, die der Verband aus staatsbürgerlichen und vaterländischen Gründen voll anerkennt, vor den aber die Beamtinnen wahrheitsgemäß nicht nur die ihnen während des Krieges erschlossenen Stellen zumeist einbüßen, sondern sie glauben, befürchten zu müssen, daß ihre Arbeit sogar mehr als vor dem Kriege auf jenen beengten und außerordentlich anstrengenden Dienstzweig beschränkt werden wird. Nach Ansicht der Tagung sollten die unvermeidlichen beruflichen Nachteile, die aus der Notwendigkeit einer angemessenen und würdigen Unterbringung der Kriegsbeschädigten erwachsen müssen, nicht in hervorragendem Maße einem selbst unter so schwierigen Verhältnissen arbeitenden Stande, wie dem der Post- und Telegraphenbeamtinnen, ohne jeden Ausgleich auferlegt werden. Als einzig wirksamer Ausgleich kann nach Ansicht der Tagung die Erfüllung der alten Wünsche der Beamtinnen durch Ausbau der Laufbahn, die auf dem Verbandswege in Leipzig festgelegt wurden, in Frage kommen. Daher erörtern diese Forderungen jetzt in erhöhtem Maße dringlich.

**Gerichtssaal.**

.. Karlsruhe, 2. Febr. Die Strafkammer verurteilte den 62-jährigen Maurer Reinhold Pechler aus Diedelsheim wegen einer Reihe von Sittlichkeitsverbrechen zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

.. Mannheim, 2. Febr. Den Bod zum Gärtner gemacht hatten die Oberheinsheim Metallwerke, als diese den Kriegsinvaliden Ferdinand Schwendemann von Mannheim als Nachwächter einstellten. Der Mann hatte einen Arm verloren und war mit dem Eisernen Kreuz und der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet und machte keinen bösen Eindruck. Seine Vergangenheit war aber nicht einwandfrei, was die Firma aber nicht wußte. Er sollte für den Nachwächterposten 20 M wöchentlich bekommen, so daß er mit seiner Rente von 78 M ein Einkommen von 138 M monatlich gehabt hätte. Bereits zwei Tage nach seinem Eintritt in das Werk mißbrauchte jedoch Schwendemann seinen neuen Posten, um mit einem Spießgesellen einen Einbruch in das Kontor zu begehen. Seine Beute bestand in etwas Bargeld, Schwären, Briefmarken, Zigarren, zehn Fahrradrädern im Werte von etwa 85 M. Bei dem Einbruch war der 39-jährige alte Arbeiter Emil Risch beteiligt, mit dem er vorher gezecht hatte. Von seinen Kriegsauszeichnungen besaß Schwendemann übrigens nur noch die Bänder. Das Eiserne Kreuz und die Medaille hatte er zu Geld gemacht und den ihm vom Lazarett mitgegebenen künstlichen Arm hatte er unter Verhewigung seines rechten Namens verjezt. Nach dem Einbruch stahl Schwendemann noch ein Fahrrad. Sein Spießgeselle Risch war schon einmal als geisteskrank in der Wieslochler Anstalt untergebracht, war aber von dort entwichen, und der Verwaltungsgerichtshof verfügte später, daß eine Notwendigkeit, ihn eingesperrt zu halten, nicht bestehe. Als heute der Gutachter sich über den Geisteszustand des Risch äußerte und ihn als geistig minderwertig bezeichnete, knurrte Risch unmutig: „Das wisse er schon längst, daß er kein Professor sei, das brauche ihm der nicht zu sagen.“ Die Strafkammer erkannte gegen Schwendemann auf zwei Jahre vier Monate Zuchthaus und eine Woche Haft, gegen Risch auf zwei Jahre drei Monate Zuchthaus. Außerdem wurde beiden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

**Personalveränderungen.**

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Groß-Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.  
 Verletzt: Justizkassier Karl \*Schönhardt beim Amtsgericht Donaueschingen zum Amtsgericht Forstheim.

Aus dem Bereiche des Groß-Ministeriums des Innern.  
 — Groß-Verwaltungshof.  
 Beamteneigenschaft verliehen: dem Diener Franz \*Zunzel bei der Heil- und Pflanzanstalt Altenau. Einmähig angeheilt: die Wärterin Rosa \*Dambacher bei der Heil- und Pflanzanstalt Altenau.

Aus dem Bereiche des Groß-Ministeriums der Finanzen.  
 Verletzt: Rangleidiener Alexander \*Uhl bei der Landeshaupthasse zur Staatschuldverwaltung.  
 — Staatseisenbahnverwaltung.  
 Ernannt zu Zugemeistern: die Schaffner Heinrich \*Friedlein in Karlsruhe, Emil \*Niegler in Rastatt, August \*Steinbach in Brudershof, zum Betriebsaufseher: Schirmann Fridolin \*Königer in Baiel. Einmähig angeheilt: Truder Friedrich \*Dörr in Karlsruhe, Lokomotivführer Joseph \*Nomen in Karlsruhe, Wagenrevisor Karl \*Wiegert in Karlsruhe, Schirmann Friedrich \*Fleig in Lahr-Stadt, sowie die Weichemärter: Martin \*Bramm in Kirchheim b. S., Anton \*Brent in Göttingen, Gustav \*Dötter in Eppelheim, Leo \*Graf in Schallstadt, Georg \*Gerber auf Blockstation 301 Dampfb., Karl \*Gilbert in Mannheim, Adolf \*Kern in Babel, Georg \*Konrad in Lauda, Karl \*Mannle in Offenburg, Karl \*Metz in Engen, Matthias \*Dümmen in Schutterwald, Johann \*Noth in Klengen, Christian \*Steimer in Reichen, Georg \*Stier in Karlsruhe, August \*Storz in Pöhlthalde, Alois \*Weber in Karlsruhe, J. \*Weiler in Marbach, Joh. \*Wiedemann in Mannheim, Ad. \*Wid in Orenberg, Johann \*Wolf in Dauten vor Wald.

Zurückgekehrt: wegen leibender Gemüthsheit, unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste: Schirmann Friedrich \*Salzgeber in Heidelberg, Kademeister Martin \*Drogan in Mannheim; wegen leibender Gemüthsheit: Betriebsassistent J. \*Tropfen in Karlsruhe.

**Handel, Gewerbe und Verkehr.**

Nachdruck der mit einer Chiffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.

**Börsen- und Finanzmeldungen.**

Berliner Börse.  
 (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Febr. Unter dem Eindruck des Rücktritts des russischen Ministerpräsidenten und verschiedener anderer Nachrichten von politischer und militärischer Bedeutung war die Tendenz im Aktienverkehr anfangs entschieden besser. Bei dem Mangel an Beteiligung von auswärtigen traten verschiedene Schwankungen in der Kursbewegung ein. Höher bewertet wurden im allgemeinen schlesische Montanwerte unter Führung von Carlener Anatolier, wogegen Rüstungswerte eher schwach lagen. Das Interesse für die verlosbaren österr.-ungarischen Renten bestand in verstärkter Maße auch heute. Die Erleichterung am Geldmarkt machte Fortschritte. (W.B. Nichtamtlich.)

Berlin, 2. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Devisenkurse:

Neuyork	Geld 54 1/2	Brief 54 3/4
Holland	" 232 1/2	" 238 1/2
Dänemark	" 149 1/2	" 150 1/2
Schweden	" 150 1/2	" 150 1/2
Norwegen	" 149 1/2	" 150 1/2
Schw.-Ungarn	" 104 1/2	" 104 1/2
Oesterr.-Ungarn	" 67.95	" 68.00
Rumänien	" 84 1/2	" 84 1/2
Bulgarien	" 76 1/2	" 77 1/2

(W.B. Nichtamtlich.)

London, 1. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Fondskurse:  
 Engl. Konsols 58 1/2, Argentinier 97, Brasilianer 45 1/2, Japaner 68 1/2, Portugieser 52 1/2, 5proz. Russen 84, Baltimore 91 1/2, Canadian Pacific 176 1/2, Erie 37 1/2, National Railways 8 1/2, Pennsylvania 59 1/2, Southern Pacific 104 1/2, Union Pacific 138 1/2, U. S. Steel 83 1/2, Anaconda Copper 17 1/2, Rio Tinto 56 1/2, Chartered 11, De Beers 10 1/2, Goldfields 1 1/2, Randmines 4 1/2, Privatdiskont 5 1/2, Silber 27, Wechsel Amsterdam 1124, Scheek Amsterdam 1147 1/2, Wechsel Paris 2843, Scheek Paris 2802, Wechsel Petersburg 161 1/2. (W.B. Nichtamtlich.)

Paris, 1. Febr. (Fondskurse.) 3proz. franz. Rent. 61, 5proz. franz. Anl. 87.75 excl., 4proz. span. Anl. 88.95, 5proz. Russen 82.90, Thomson Houses 520, Toulou 974, Rio Tinto 1600, China Copper 315.50, Utah Copper 462.50, Tharsis 150.50, De Beers 292.50, Jagersfontein 76.50, Randmines 111. (W.B. Nichtamtlich.)

**Geldmarkt.**

Badisches Staatsschuldbuch. Ende Januar 1916 betragen die Eintragungen in das Staatsschuldbuch 45 831 300 Mark. Von der 4proz. Schuldschuld sind 39 256 200 Mark, von der 3 1/2proz. Schuldschuld 6 564 900 Mark und von der 3proz. Schuldschuld 10 200 Mark eingetragen. Die Eintragungen auf Grund von Bareinzahlungen beliefen sich seit 1. Januar 1913, d. i. seit Errichtung des Staatsschuldbuchs, auf 8 831 400 Mark.

**Die dritte italienische Kriegsanleihe.**

Lugano, 1. Febr. Gestern endigte die erste und wichtigste Zeichnungsperiode für die dritte italienische Kriegsanleihe, während der die Zeichner keine aufgelaufenen Zinsen zu vergüten brauchen. Die ersten veröffentlichten Ergebnisse gewährten kein klares Bild, da sie die Barzeichnungen und den Umlauf zusammenwerfen. Vierzehn kleineren Mailänder Zeichnungsstellen weisen 62 Millionen Umlauf und Barzeichnungen auf gegen 27 Millionen reine Barzeichnungen der zweiten Kriegsanleihe. „Popolo d'Italia“ schätzt das Gesamtergebnis auf zwei Milliarden, ohne Unterlagen anzugeben.

**Banken und Börsen.**

Hannover, 2. Febr. Der Aufsichtsrat der Hannoverschen Bank beschloß, der auf den 24. Februar einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 1/2 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahre vorzuschlagen. Der Vortrag beträgt unverändert eine Million Mark. (W.B. Nichtamtlich.)

**Industrien.**

Berlin, 2. Febr. Die „Z. a. M.“ meldet aus Amsterdam: Durch Rundschreiben der englischen Färbereigenossenschaft ist in Betracht des Mangels von Farbstoffen und anderen Chemikalien, die früher aus Deutschland bezogen wurden, keine weiteren Aufträge angenommen worden. Wenn die vorliegenden Aufträge erledigt sind, werden neue nur von Tag zu Tag zu vorher vereinbarten Preisen entgegen genommen.

**Wirtschafts-Organisation.**

Bericht auf die Festsetzung von Höchstpreisen für Kleefamen.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen war die Festsetzung von Höchstpreisen für Kleefamen angeregt, weil die Preise in letzter Zeit stark gestiegen waren und ein weiteres Steigen zum Frühjahr zu befürchten war. Es bestand ursprünglich die Ansicht, dieser Anregung Folge zu geben. Beratungen der zuständigen Stellen mit Sachverständigen aus den beteiligten Kreisen haben jedoch zu dem Ergebnis geführt, daß auf die Festsetzung von Höchstpreisen verzichtet wird. Wasgebernd sollte war einmal die Befürchtung, daß die Einfuhr von dem Ausland nach der Festsetzung von Höchstpreisen zum Stillstand kommen würde. Anderer ist die Versorgung der Landwirtschaft mit Kleefamen so weit vorgeschritten, daß eine erhebliche Steigerung der Nachfrage im Frühjahr nicht zu erwarten ist. Es ist daher eher mit einem Sinken als einem Steigen der Preise zu rechnen. Außerdem haben die beteiligten Kleefamelskreise die Zusage gemacht, daß eine Preissteigerung, die in der allgemeinen Marktlage festzustellen ist, nicht eintreten wird. Unter diesen Umständen erübrigt eine Reglementierung des Handels mit Kleefamen nicht erforderlich.